

Bonn, Montag 25. September 1972

Sprecher: Amrehn, Barzel, Broll, Dregger, [Erhard], Gradl, [von Hassel], Hasselmann, [Hennig], [Kaltefleiter], [Katzner], Kiep, Köppler, [Kohl], [Krakow], Kraske, [Lampersbach], Langguth, Lemke, [Meyer], Müller-Hermann, Schröder, Schwarz-Schilling, Stoltenberg, [Vogel], von Weizsäcker, Wex, Windelen.

Politische Lage. 20. Bundesparteitag. Bundestagswahlkampf.

Beginn: 10.00 Uhr

POLITISCHE LAGE. BUNDESPARTEITAG

Barzel: Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands und heiße Sie willkommen. Die Sitzung ist verabredet worden das letzte Mal, um vor unserem Parteitag und vor der Beschlußfassung über das Programm den Vorstand noch einmal zusammenzuhaben. Ich denke, daß wir bis gegen eins, also vor dem Mittagessen, mit unseren Beratungen werden fertig sein können.

Der Bericht, den ich Ihnen zu geben habe, kann kurz sein. Erster Punkt: die heutige Presse hinsichtlich des Austritts von Karl Schiller aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.¹ Ein wichtiger Punkt, den wir übereinstimmend dahin kommentieren sollten, daß dieser Mann eben aus Überzeugung zu seinen Grundsätzen und zur Sozialen Marktwirtschaft gehandelt hat. Wenn wir gefragt werden, ob er zur CDU käme, dann lautet die Antwort: „Dies ist uns nicht bekannt. Wir unterstützen jeden, der für die Soziale Marktwirtschaft kämpft.“ Das, glaube ich, ist das, was dazu in diesem Augenblick zu sagen ist. Ich nehme an, daß der frühere Kollege Schiller² sich an der öffentlichen Diskussion über die finanz- und wirtschaftspolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland öffentlich beteiligen wird, und glaube, daß er es prinzipientreu, d. h., zu unseren Gunsten tun wird, aber nicht, weil dies zu unseren Gunsten geht, sondern weil dies seinen Prinzipien entspricht.

Der zweite Punkt, der damit zusammenhängt: Wir haben uns im Präsidium dahin verständigt, daß Herr Kollege Stoltenberg mit Hilfe der Kollegen, die in den Ländern

1 Vgl. „Die Welt“ vom 25. September 1972 „SPD-Sprecher Schulz: Der Austritt kam nicht überraschend“; „Die Welt“ vom 26. September 1972 „Die Koalition spielt den Parteiaustritt Schillers herunter“.

2 Schiller verzichtete auf am 21. August 1972 die Mitgliedschaft im SPD-Parteivorstand und -Präsidium, behielt sein Bundestagsmandat aber bis zum Ende der Legislaturperiode bei. Vgl. AdG 1972 S. 17286.

Finanzminister sind – vor allem ist das Kollege Gaddum³, der eine solche Arbeit schon einmal geleistet hat – sich bemühen wird, eine mittelfristige quantifizierte Vorausschau zu erstellen, damit nicht die falschen Zahlen von Helmut Schmidt⁴ unwidersprochen stehen bleiben. Herr Gaddum hatte ja während der Ferien auf unsere Bitte so etwas gemacht. Es wird sicher günstig sein, auf dem Parteitag eine solche Vorausschau zu liefern. Das ist dann nicht etwa unser Programm und unsere Planung, sondern das ist das, was nach dem Ist an Finanzbelastung in den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung der nächsten vier Jahre aus der Bundessicht zu erwarten sein sollte. Wenn Herr Stoltenberg das mit Landesfinanzministern in die Hand nimmt, kriegt dies auch mehr Amtlichkeitscharakter in der Präsentation, als wenn das aus der Fraktion kommt. Natürlich steht die Fraktion mit ihren Hilfskräften dafür zur Verfügung.

Wir haben uns drittens unterhalten darüber – und wir bitten die Herren Landesvorsitzenden, doch uns Mitteilung zu machen und sich auch von ihren Kreisparteien sofort Mitteilung machen zu lassen –, wenn der Kanzler und Schmidt und andere nun in die Betriebe gehen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, wie wir uns darauf einlassen. Die Art unserer Reaktion darauf hängt sehr stark davon ab, wieviel solcher Veranstaltungen in Betrieben sich abzeichnen. Wir haben bis heute gehört, daß die August-Thyssen-Hütte und der Bochumer Verein und Mannesmann beglückt sind davon. Wir müssen erst eine klare Übersicht davon haben, bevor wir wirklich uns zu einer Politik dazu entschließen können.

Vierter Punkt: Wir müssen sehen, daß die Regierung trotz der Debatte⁵ vergangene Woche, die insgesamt wohl für uns nicht schlecht war, weiterhin versucht, uns eins anzuhängen, uns als die Leute darzustellen, die nun wieder finanziell flüssig sind, die die schrecklichsten Dinge tun. Das geht dann bis zum Vorwurf von Korruption und sozialer Erschütterung.⁶ Was das erstere betrifft, so kann hier nicht hart genug zurückgeschlagen werden. Da muß jeder, der so einen Vorwurf erhebt, Roß und Reiter nennen, oder er ist ein Verleumder. Was die sozialen Erschütterungen betrifft, so wäre ich dankbar, wenn der Vorstand sich zu eigen machen könnte und das auch bekräftigen könnte heute gegenüber der Presse, Herr Kraske, die Anregung von mir an den Bundeskanzler, ausgerechnet über diese Frage eine öffentliche Diskussion im Fernsehen

3 Johann Wilhelm Gaddum (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1956 CDU, 1956–1971 Mitglied im Stadtrat Neuwied, 1963–1983 MdL Rheinland-Pfalz, 1971–1981 Finanzminister und 1981–1985 Minister für Bundesangelegenheiten und Leiter der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, 1985/86 Präsident der Landeszentralbank Rheinland-Pfalz, 1986–1993 Direktor und 1993–1998 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank.

4 Schmidt äußerte sich in mehreren Interviews zur Konjunktur- und Haushaltspolitik, vgl. „Münchener Merkur“ vom 2. September 1972 „Schmidt: Lebensbedingungen verbessern“; Interview mit dem DLF am 10. September 1972 (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4); „Frankfurter Rundschau“ vom 16. September 1972 „Schmidt: Auch der Staat kann nur beengt sparen“.

5 Anspielung auf die Aussprache im Bundestag über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 GG (Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung vom 22. September 1972 S. 11740–11816).

6 Interview Brandts mit dem „Spiegel“ am 25. September 1972 „Wir haben einen hohen Preis bezahlt“.

zu führen. Er wird dies nicht tun, und das wird uns gut tun. Das ist ja ein Punkt, in dem unsere Pluspunkte offenkundig sind.

Was Herrn Wehners Behauptung⁷ betrifft, das ist das fünfte, wir hätten uns bis zuletzt ausgerechnet aus seiner Fraktion um ein 249. Mandat bemüht, um doch noch ein konstruktives Mißtrauensvotum zu machen, ist dies frei erfunden. Das alles sind eben Erzählungen, die insgesamt den Eindruck erwecken sollen, der arme Brandt ist hier doch durch finstere Machenschaften weggekommen. Insgesamt würde ich Ihnen und uns allen raten, dies doch mehr als ein Zeichen von Nervosität anzusehen. Ein Mann, der sich seiner Sache sicher ist, greift nicht zu solchen Methoden. Ich kann uns nur empfehlen, diesen Wahlkampf, dessen erstes Wochenende wir ja gerade erst hinter uns haben, sieben solche haben wir noch bevor, weiterhin auf einer Linie zu führen, die sachlich ist, die argumentativ bleibt, die sich nicht die Themen aufdrängen läßt, die freilich auch nirgendwo in den Eindruck kommt, man könne uns sagen und an den Kopf schmeißen, was immer man wolle. Ein Stück kämpferische Entschlossenheit gehört schon dazu. Aber ich glaube, wir brauchen das gar nicht mehr weiter zu erörtern, weil wir in der Frage einig sind.

Nächster Punkt: Sie sehen auf dem Tisch das Programm des Bundesparteitages.⁸ Und ich will zu dem Programm gar nichts mehr sagen, es ist das, was wir das letzte Mal hier vorgetragen haben, mit einer kleinen Ausnahme. Dazu wird der Generalsekretär berichten. Ich möchte selbst Sie noch einmal mit der Schwierigkeit vertraut machen und um Ihre Hilfe bitten, auch gegenüber den Delegierten, die Sie ja sehen am Vorabend, hinsichtlich der Verabschiedung des Programms. Wir haben nun immer, wenn es irgendein Stück Papier der Führung gab, sehr demokratische, breite Diskussionen gehabt, und es gibt dann Anträge. Das ist diesmal nicht möglich, weil dies ein Regierungsprogramm sein wird, das also Schwerpunkte aus dem vorhandenen Grundsatzprogramm nimmt, diese Schwerpunkte erörtert mit der Führung, dies abstimmt mit der CSU. Dann ist das praktisch nur noch, wie ich hoffe, unter Jubel zur Kenntnis zu nehmen. Sollte jemand in diesem Vorstand meinen, das ginge nicht, dann müßten wir die ganze Kriegskunst verändern. Wir werden nächste Woche Montag, am 2. Oktober in Berlin, dieses Programm beschließen. Ich sage gleich etwas zu seinem Inhalt. Es wird dann in die Taschen verschwinden ein Exemplar von Strauß und eins bei mir, um am Mittwoch, dem 11. Oktober, verkündet zu werden, a) auf unserem Parteitag, und b) vor dem Landesparteiausschuß der CSU. Daß da also ein Zeitraum ist, wo wir auf die Diskretion achten müssen, ist ganz klar. Sollte jemand glauben, es ginge nicht auf dem Wege, daß wir eben am Schluß des Parteitages das verkünden, müßten wir den Parteitag umstellen, müßten wir das an den Anfang nehmen, diskutieren und förmlich beschließen lassen. Nur würden wir dann nicht nur mit der CSU in eine Schwierigkeit kommen, sondern auch mit all dem Appeal, den wir dadurch erweckt haben, daß hier

7 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 25. September 1972 „Wehner: neuer Abwerbeversuch der CDU“ sowie Äußerung Wehners in der Bundestagsdebatte am 22. September 1972 zum Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 GG (Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung S. 11757).

8 20. Bundesparteitag vom 9. bis 11. Oktober 1972 in Wiesbaden. Vgl. CDU, 20. BUNDESPARTEITAG.

die Mannschaft unter meinem Vorsitz ja schon ihr Programm ausgearbeitet hat, und es das eben nie gegeben hat, daß CDU/CSU ein gemeinsames Regierungsprogramm vorlegen, das auch dem Wähler gegenüber dann hinterher verpflichtend ist. Ich glaube, daß wir verfahren sollen, wie dies vorgesehen ist. Das wird aber nur gehen, wenn die Herren Landesvorsitzenden die Liebenswürdigkeit haben, das auch ihren Delegierten deutlich zu erklären.

Dieser Parteitag ist natürlich eine Wahlkampföffnung, ohne daß wir dies so nennen. Es war unser besonderer Wunsch, daß auch die Grundsatzkommission mit einem Zwischenbericht zu Wort kommt, damit wir deutlich machen: Dies ist nicht nur ein Wahlkampf mit „Bumm Bumm, wir wollen die Wahl gewinnen“, sondern ein Wahlkampf, in der die erneuerte Union vor die Wähler tritt, und das ist eine Union, die sich besinnt auf ihre Grundsätze. Daß die Grundsatzkommission nicht fertig ist, ist völlig im Sinn des Erfinders. Das wird wohl nie ganz fertig werden. Und ein Zwischenbericht ist eben dann auch in der Überschrift eine ehrliche Aussage, die sicherlich ihre Wirkung auf bestimmte Wählerschichten nicht verfehlen wird. Wenn unsere Zeit reicht, würde ich gerne noch dazu kommen, einen Austausch hier zu haben unter uns, soweit dies geht, über die Vorbereitung der Landeslisten, damit man ein bißchen wenigstens, was da also Spitzenaussagen und ähnliches betrifft, abstimmen kann, was die Kandidaturen der Frauen – Sie erinnern sich an die letzte Vorstandssitzung – und anderes betrifft, wenn die Zeit dazu reichen sollte. Das wichtigste aber wird sein ein Bericht, den Ihnen der Generalsekretär gibt über die Vorbereitung des Wahlkampfs. Das war für heute in Aussicht gestellt, und ich glaube, es ist das beste, wenn wir gleich auch Herrn Kraske das Wort geben und dann die Sachen zusammen diskutieren, weil man das ja schwer auseinanderziehen kann, wenn Sie einverstanden sind.

Kraske: Darf ich beginnen mit einem ergänzenden Wort zum Programm des Bundesparteitages: Sie wissen, daß wir in der letzten Vorstandssitzung am 21. August Meinungsunterschiede hinsichtlich des zweiten Tages, des Dienstags hatten, nämlich unter der Fragestellung: Wie präsentieren wir unsere Sachaussagen und wie präsentieren wir unsere Mannschaft? Hier gab es zwei Möglichkeiten: eine Plenarsitzung mit einer zeitlichen Abstufung der Themen und die Möglichkeit der Aufschlüsselung in drei Arbeitskreise mit einer sachlichen Aufschlüsselung. Nachdem unumstritten ist, daß wir ein Regierungsprogramm auf diesem Parteitag vorlegen und nicht ein neues Parteiprogramm verabschieden, ergab sich daraus eine klare Präferenz für die Plenardebatte. Für diese Plenardebatte steht, wie Sie dem Programm entnehmen können, in den drei großen Abschnitten Stabilitätspolitik, Reform- und Gesellschaftspolitik und Außen- und Sicherheitspolitik nicht sehr viel Zeit zur Verfügung. Deswegen bitten wir – ich werde das auch im einzelnen noch mit den Herren besprechen –, die ausgedruckten Redner, für jeden Bereich zwei, sich möglichst kurz zu fassen, also keine Dreiviertelstunden-Referate zu halten. Und meine Bitte geht zugleich an die Herren Landesvorsitzenden, auf eine diskrete, aber um so wirkungsvollere Weise unsere Delegierten davon zu überzeugen, daß dieser Parteitag in erster Linie dazu dient, vor der Öffentlichkeit unsere Mannschaft zu präsentieren, und daß wir Wert darauf legen müssen, daß in dieser Diskussion nach vielen Parteitag mit einer ganz breiten Diskussion

aller Delegierten zunächst diejenigen zu Wort kommen, die in der Führungsmannschaft von Regierung, Partei und Fraktion eine Rolle spielen, die hier zu den einzelnen Sachbereichen etwas zu sagen haben. Wir werden also etwa, um nur dieses eine Beispiel zu nehmen, in dem dritten Arbeitskreis, der eröffnet wird durch Herrn Schröder und durch Herrn Wörner, dafür sorgen müssen, daß zur Frage der Europapolitik, zur Frage der Deutschlandpolitik, zur Frage der Entwicklungshilfepolitik nun einzelne Sachbeiträge folgen. Kurzum, diese Diskussion wird ein bißchen unter Regie stehen müssen, und ich wäre dankbar, wenn das bei den Delegierten vorbereitet würde.

Das zweite ist, daß zu diesem Parteitag bisher meines Wissens ein Antrag vorliegt unseres Freundes Blüm, den ich bisher noch vermisze. Er ist wahrscheinlich in Mainz auf dem Gewerkschaftstag dort.⁹ Ich spreche sicher in Ihrem Namen, wenn ich die Antragsteller alle bitte, von solchen Einzelanträgen zu Organisations- oder gar zu Satzungsfragen auf diesem Parteitag abzusehen. Wir haben auf dem letzten Parteitag eine Organisationskommission eingesetzt, die ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, sie nicht abschließen konnte, die auf dem nächsten Bundesparteitag darüber ausführlich berichten wird. Ich glaube, daß wir diesen Parteitag jetzt in Wiesbaden nicht zerfasern sollten, indem wir hier über eine ganze Reihe von Detailfragen sprechen. Dies ist die große Plattform, die die Christlich-Demokratische Union sechs Wochen vor dem Wahltag hat. Dafür sollten wir dankbar sein, daß das wirklich mehr durch Glück als durch Vorausschau vor vielen Monaten so „getimed“ worden ist. Aber diese Chance sollten wir nun nicht verschenken dadurch, daß wir hier abschweifen in lauter Kleinigkeiten, die die breite Öffentlichkeit nicht sehr interessieren.

Soviel also zum Bundesparteitag. Ich schlage vor, daß ich Sie jetzt nur bitte, von den mir vorliegenden Unterlagen Beschluß zu fassen über das Tagungspräsidium. Die anderen Einzelheiten, nämlich Antragskommission, Mandatsprüfungskommission und Verfahrensordnung, Herr Hennig, würde ich vorschlagen, den Vorstandsmitgliedern schriftlich zuzusenden. Ich denke nicht, daß es hier Widersprüche gibt. Wenn es sie gibt, können Sie sie auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstands in Wiesbaden am Sonntagmittag noch zur Sprache bringen.

Der Vorschlag für das Tagungspräsidium sieht nach alter Tradition und, wie ich meine, guter Tradition als Präsidenten des Parteitages unseren gastgebenden Landesvorsitzenden, Herrn Dregger, vor. Dann sollen weiterhin dem Präsidium angehören aus den Vereinigungen und aus den Landesverbänden in einer ausgewogenen Form, wie das eigentlich immer der Fall war: Herr Lampersbach, Frau Beckmann, Frau Dr. Laurien, Herr Dr. Mahler, Herr Dr. Blüm, Herr Köppler, Herr Seiters, Herr Wohlrabe, Herr Schnur¹⁰ und Herr Dr. Barschel. Ich habe das Gefühl, daß das in den wichtigsten Punkten sowohl regional wie auch nach Vereinigungen ein ausgewogener Vorschlag

9 9. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau Steine Erden vom 25.–30. September 1972 in der Mainzer Rheingold-Halle.

10 Ludwig Schnur (1909–1997), Vertriebsleiter; 1946–1955 Bürgermeister der Gemeinde Friedrichsthal, 1955–1980 MdL Saarland (CVP/CDU), 1959/60 Minister für öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau und 1960/61 Minister für Finanzen und Forsten des Saarlandes, 1961–1974 Innenminister, 1975–1980 Präsident des Saarländischen Landtages.

ist, und wäre Ihnen in diesem Falle für Ihre Zustimmung dankbar, weil wir sicherstellen müssen, daß die entsprechenden Kandidaten dann auch auf dem Parteitag die ganze Zeit da sind. Wenn irgendwelche Änderungen sich ergeben durch Nichtanwesenheit, würden wir Ihnen in Wiesbaden hierzu Ergänzungsvorschläge machen müssen. (*Gradl*: Darf ich dazu kurz fragen, ist Herr Dübel¹¹ dabei, aus Berlin?) Herr Dübel ist, wenn er nicht dabei ist, wahrscheinlich deswegen nicht dabei, weil er sonst immer dabei war (*Heiterkeit.*) und ein gewisser Wechsel, auch in den Personen, eigentlich wünschenswert wäre. Ich höre, es gibt sogar einen förmlichen Antrag. Ich ergänze gerne die Liste um Herrn Dübel, Herr Gradl. Das ist sicher kein Problem. Herr Lampersbach, Frau Beckmann, Frau Laurien, Herr Mahler, Herr Blüm, Herr Köppler, Herr Seiters, Herr Wohlrabe, Herr Schnur und Herr Barschel und Herr Dübel. Ich rechne mit Ihrer aller Zustimmung. Er ist wirklich ein bewährtes Mitglied dieser Tagungspräsidien.

BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Meine lieben Freunde, darf ich damit zu dem nächsten und dem eigentlichen Punkt unserer heutigen Beratung kommen, nämlich zur Vorbereitung unseres Bundestagswahlkampfes. Der Generalsekretär und die Bundesgeschäftsstelle haben dem Präsidium und Ihnen seit vielen Monaten immer wieder erklärt, daß wir im Grunde schon seit Februar dieses Jahres mit einer Alarmplanung für den Wahlkampf beginnen mußten, und daß diese Planung vorsah, daß bei aller Ungewißheit über den wirklichen Wahltermin und über den Zeitpunkt einer möglichen vorzeitigen Auflösung des Bundestages die Wahlkampfplanung in werblicher Hinsicht am Tage der Auflösung des Bundestages schubladenfertig vorliegen würde. Dieser Bericht soll Ihnen die Möglichkeit geben zu beurteilen, ob wir damit Wort gehalten haben. Ich meine, daß wir trotz der Schwierigkeiten, die sich in diesen letzten Monaten in besonderer Weise im Unterschied zu früheren Wahlkampf vorbereitungen ergeben haben und ergeben mußten, heute, acht Wochen vor dem Wahltag, in einer Weise vorbereitet sind, die sich mit vergleichbaren Zeitpunkten vor normalen Wahlterminen voll und ganz messen läßt, daß wir in manchen Punkten sogar weiter sind und mehr getan haben.

Zunächst darf ich Sie an unsere Diskussion auf der letzten Sitzung am 21. August erinnern. Wir haben uns damals entschlossen, einen zielgruppenorientierten Wahlkampf zu führen und uns mit unserer Werbung ausdrücklich an die Grenz- und Wechselwähler zu wenden. Wir sind nach einer sorgfältigen Analyse gerade dieser Wählergruppen, insbesondere der schwankenden Wähler zwischen CDU einerseits und SPD und FDP andererseits, zu dem Ergebnis gekommen, daß hier ein politischer, ein informierender, ein argumentierender Wahlkampf die größten Erfolgchancen bringen würde. Ein Wahlkampf, in dem es die Aufgabe der Partei sein muß, in der Basisarbeit,

11 Siegfried Dübel (geb. 1924), Diplom-Psychologe; ab 1952 Tätigkeit im Büro „Bonner Berichte“ des gesamtdeutschen Ministeriums, 1987–1991 Vorsitzender der Exil-CDU. Vgl. PROTOKOLLE 5 S. 258 Anm. 103.

in der Arbeit der Kandidaten, im Rednereinsatz, unsere Stammwähler zu aktivieren, und in dem sich die Werbung in besonderer Weise an die unentschlossenen, aber dafür, wie wir ja wissen, um so politischeren und meist um so politischer interessierten Wähler zu wenden hat.

Wir sind zweitens davon ausgegangen, daß wir in diesem Wahlkampf keinerlei Anlaß haben, auch nur irgendein Thema, sei es außen- oder innenpolitischer Natur, von uns aus auszuklammern, aber daß wir sehr wohl zu überlegen haben, welche Themen wir in besonderer Weise von uns aus immer wieder in den Mittelpunkt stellen, und daß dieses die Bereiche einmal der Stabilität bzw. der Inflation, also der wirtschaftlichen, der sozialen Sicherheit und auf der anderen Seite die Frage der inneren Sicherheit zu sein haben. Wir sind von da ausgehend zu dem Ergebnis gekommen, daß wir einen Wahlkampf führen sollten, in dem wir uns bewußt und betont vom dem Wahlkampf der uferlosen Versprechungen, wie wir 1969 von der SPD erlebt haben, absetzen sollten. Daß wir zwar sehr konkret unsere Vorhaben in den einzelnen Bereichen der Vermögenspolitik, der Bildungspolitik, der Verkehrspolitik, in allen anderen Bereichen darstellen sollten, aber daß wir neben und über diese Einzelpläne eine ganz klare Priorität setzen sollten, nämlich die Wiedergewinnung der Stabilität und daß wir den Mut haben sollten, der Bevölkerung zu sagen, daß die Verwirklichung dieser durchaus ganz konkret vorliegenden Einzelpläne abhängt davon, in welchem Maße und in welcher Geschwindigkeit es uns gelingt, den Schutt dieser letzten drei Jahre abzuräumen, unsere Staatsfinanzen wieder in Ordnung zu bringen und einen Plan zur Stabilisierung der Preise einzuleiten und durchzusetzen.

Wir sind schließlich mit einer Diskussion, in der das nicht unumstritten war, zu der Überlegung gekommen, daß unsere größte Chance in diesem Wahlkampf darin liegt, daß wir zu einer möglichst extremen Polarisierung zwischen CDU auf der einen Seite und SPD auf der anderen Seite kommen, daß wir dem Wähler klarmachen, daß es hier um eine Alternative geht und wir in diesem Zusammenhang auf eine Auseinandersetzung mit der FDP, jedenfalls in unserer Werbung, verzichten und sie im Wahlkampf, d. h. in der politischen Aussage, nur so weit vornehmen, wie das von Situation zu Situation unerlässlich ist.

Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß – nach den sehr gründlichen und sehr eingehenden Beratungen in allen dafür zuständigen Gremien und mit allen dafür sachverständigen Freunden und Kollegen – die Meinungsumfragen der letzten Zeit, die bei unserer letzten Sitzung am 21. August noch nicht bekannt waren, dieses Konzept voll und ganz bestätigen. Um mit dem letzten Punkt zu beginnen: Uns liegt inzwischen durch eine dankenswerte Indiskretion ein Strategiepapier der FDP vor, in dem genau dies seitens der FDP befürchtet wird, was ich Ihnen das letzte Mal empfohlen habe, nämlich, daß sie von uns totgeschwiegen wird. Darin wird die FDP aufgefordert, alles zu tun, um durch Provokationen die CDU zu veranlassen, von dieser Linie abzuweichen und sich eben doch mit der FDP mehr und mehr auseinanderzusetzen und sie dadurch auf den Rang einer zweiten Alternative zu heben, nämlich SPD oder CDU auf der einen Seite und FDP oder CDU auf der anderen Seite. Ich meine, daß dies nur eine Bestätigung unserer eigenen Überlegungen sein kann. Im übrigen

ergibt die Meinungslage nach den Erhebungen in der zweiten Augushälfte folgendes Bild, wobei ich gegenüber den Zahlen, die ich Ihnen nenne, gegenüber den Prozentwerten Zurückhaltung empfehle. Wichtiger sind die Trends, die sich hier abzeichnen, und die Tendenzen auch für die inhaltliche Gestaltung des Wahlkampfes.

Erstens: Parteipräferenzen. In einer uns vorliegenden Untersuchung des Konrad-Adenauer-Instituts bzw. in dessen Auftrag veranstaltet, in der ersten Juni-Hälfte erhoben, ergab sich folgendes Bild: CDU/CSU 42 bis 44 %, SPD 46 bis 48 %, FDP 4 bis 6 %. Das gleiche Institut hat in der zweiten August-Hälfte, Feldarbeit 15. August bis 1. September, ermittelt für die CDU/CSU 43 bis 46 %, für die SPD 39 bis 43 %, für die FDP 6 bis 8 %. Dies bedeutet eine Steigerung der FDP auf Kosten der SPD. Das bedeutet ebenfalls eine Steigerung der CDU auf Kosten der SPD, aber es bedeutet ein wahrscheinliches Patt zwischen CDU/CSU auf der einen Seite und der Koalition auf der anderen Seite, mit einem Trend zugunsten der CDU.

Im gleichen Zeitraum hat Allensbach eine Erhebung für die Bundesregierung gemacht, die für die CDU/CSU 39 %, für die SPD 37 % und für die FDP 5 %, der Rest unentschieden, ergibt. Tendenziell geht das in dieselbe Richtung.

Was erstaunlich ist, ist in der Allensbach-Umfrage die Meinung der Befragten zum erwarteten Wahlergebnis, also nicht ihrer Wahlentscheidung, sondern zu dem, was sie erwarten. Dies ergibt für die CDU/CSU 42 %, für die SPD 24 %, der Rest unentschieden. Nach allen früheren Erfahrungen mit dieser Erhebung steckt in einer solchen Erwartung des Wahlergebnisses durchaus eine Tendenz für die eigene Entscheidung. Dies bestätigt also den nicht abgeschlossenen, nicht ausreichenden, aber für uns positiven Trend. Interessant ist, daß von den erklärten Anhängern der SPD in dieser Umfrage nur 52 % mit einem Wahlerfolg der eigenen Partei rechnen. Dem entspricht auch die Erwartung gegenüber dem nächsten Bundeskanzler: Barzel oder Brandt. Im Juni glaubten 50 %, der nächste Bundeskanzler hieße Brandt, und 19 % er hieße Rainer Barzel. Im August war dieses Verhältnis 36:32, also nur noch mit einem Vorsprung von vier Punkten zugunsten der Erwartung für Herrn Brandt.

Was wichtiger und interessanter ist, weil es Rückschlüsse für unsere Wahlkampfgestaltung zuläßt, ist die Bewertung der politischen Situation und der Aufgaben, die sich daraus ergeben. In einer spontanen Nennung ohne Vorgabe – d.h. ohne einen Themenkatalog, bei dem die Leute selber auswählen können – nannten 57 % die Wiederherstellung der Preisstabilität als wichtigste Aufgabe, 35 % nannten allgemeine wirtschaftliche Probleme, 18 % nannten die Ostpolitik, 13,5 % nannten damals in der zweiten Augushälfte die Rentenreform, und 13 % nannten Bildungsfragen.

Diese Liste wird ergänzt durch einen Katalog nach Vorgabe, und zwar nach einer Vorgabe, der sich aus den Prä-Tests ergeben hat. Auch hier liegt ganz eindeutig an der Spitze die Aufgabe, die Preise stabil halten: 97,7 % sind dafür, und davon halten 78,7 % diese Aufgabe für sehr wichtig. An zweiter Stelle liegt die Aufgabe, die Bürger wirksamer vor Verbrechen zu schützen: 97,3 % sind dafür, Zweidrittel halten diese Aufgabe für sehr wichtig. An dritter Stelle: die Sicherung der Arbeitsplätze, auch hier 97,8 % dafür, aber nur 59,9 % sehr wichtig, während es bei den Preisen 78,7 % waren. An vierter Stelle: gleiche ärztliche Behandlung, Pflege und Unterbringung für alle er-

möglichen. Platz 5: nicht weiter die Steuern erhöhen. Platz 6: die Mieten niedrig halten. Platz 7: die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland erhalten. Platz 8: für eine Regierung sorgen, die entschieden und geschlossen handelt. Platz 9: radikale politische Gruppen entschiedener bekämpfen.

Dies sind die neun Bereiche, die von einem Drittel oder mehr der Gesamtbevölkerung für sehr wichtig gehalten werden. Die andere Möglichkeit war zu sagen, das ist wichtig oder das ist weniger wichtig. Und interessant ist nun, daß von diesen neun Punkten mehr als die Hälfte, nämlich fünf, eher CDU- als SPD-besetzt sind. Das heißt, daß man auf eine zusätzliche Frage, welche Partei ist hier besonders geeignet, hier etwas zu tun, der CDU mehr Zutrauen entgegenbringt als der SPD, nämlich, wie Sie sich denken können, in den Fragen: Die Preise stabil halten, Die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen, Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland erhalten, Radikale politische Gruppen entschlossen bekämpfen und Für eine Regierung sorgen, die entschieden und geschlossen handelt. In der zweiten Gruppe tauchen die außenpolitisch relevanten Fragen auf. Auf dem nächsten Platz: Die politische Einigung Europas vorantreiben, 86 % sind dafür, aber nur 29,3 % halten dies für sehr wichtig, Durch staatliche Maßnahmen den Bau von preiswerten Eigenheimen fördern, Mehr Kindergärten bauen, Für eine starke politische Führung sorgen, Die DDR anerkennen, Trotz Aussöhnung mit dem Osten westliches Bündnis stark halten, Die beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufnehmen und Die Bundesrepublik zum Mittler zwischen Ost und West machen. Um nur die außenpolitisch relevanten Bereiche Ihnen im Vergleich zu den anderen Bereichen vorzuführen: Die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO halten zwar 59 % für richtig, aber von diesen 59 % nur 16 % für sehr wichtig. Ähnlich ist es mit der Bundesrepublik als Mittler zwischen Ost und West, 51 % sind dafür, aber nur 18 dieser 51 %, also nur 9 % der Gesamtbevölkerung, halten dies für sehr wichtig.

Sie sehen also in der Gesamtdiagnose einen starken Vorrang von Fragen, die im weitesten Sinne Stabilität bedeuten, nämlich wirtschaftliche Fragen, Preisstabilität und innere Sicherheit mit einer hohen CDU-Präferenz. Sie sehen in einer zweiten Gruppe sozialpolitische Fragen mit einer ebenso klaren SPD-Präferenz. Bei Fragen wie Die Mieten niedrig halten, Die Arbeitsplätze sichern, taucht hier umgekehrt spiegelbildlich immer die SPD vorne auf, und in einer dritten Gruppe die Fragen der Außenpolitik mit einer wechselnden, aber im wesentlichen überwiegenden SPD-Präferenz. So wenig ich dafür rede und immer dafür geredet habe, daß die Christlich-Demokratische Union ihre Politik an Meinungsumfragen orientieren sollte, so sehr bin ich allerdings der Meinung, daß sie bestraft werden müßte, wenn sie nicht ihren Wahlkampf unter Kenntnis solcher Ergebnisse führte, und d. h., die Schwerpunkte so setzte, wie es erstens den Interessen der Öffentlichkeit entspricht und zweitens ihren eigenen Chancen entspricht, Zutrauen der Bevölkerung für die CDU und gegen die SPD in dieser Frage zu mobilisieren.

Der Unterschied ist etwa bei der Preisstabilität CDU 46 %, die CDU wird sehr viel und viel dafür tun, SPD 34,6 %, bei der Frage Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland erhalten CDU 46,3 %, SPD 34,4 %, Für eine Regierung sorgen, die entschieden

und geschlossen handelt CDU 47,7 %, SPD 39 %, Radikale politische Gruppen entschieden bekämpfen CDU 46 %, SPD 34 %. Aber umgekehrt: Die Arbeitsplätze sichern CDU 51,5 %, SPD 58,1 %, Die Mieten niedrig halten CDU 18,3 %, SPD 36,8 %. Und leider auch Die politische Einigung Europas vorantreiben CDU 35,1 %, SPD 48,3 %. Bei den anderen außenpolitischen Fragen noch stärker, also etwa Die beiden deutschen Staaten in die UNO aufnehmen CDU 9,1 %, SPD 36,2 %. Umgekehrt, natürlich Trotz Aussöhnung mit dem Osten westliches Bündnis stark halten CDU 45,8 %, SPD 39,8 %.

Zur Eigentumpolitik gibt es in dieser Serie keine Frage, aber Herr Professor Kalfleiter, der hier ist, kann vielleicht zu dieser Frage nachher noch ergänzend etwas sagen. Darf ich Ihnen ein paar andere Zahlen geben, die überwiegend aus der Allensbach-Umfrage der Bundesregierung stammen und die wiederum für die Anlage unseres Wahlkampfes von besonderer Wichtigkeit sind. Erstens: Sind die Staatsfinanzen in Ordnung oder sind sie nicht in Ordnung? Für 15 % sind sie in Ordnung, für 66 % sind sie nicht in Ordnung. Allein für die SPD-Wähler, für 28 % sie sind in Ordnung, für 49 % sie sind nicht in Ordnung. Ist es übertrieben, von Inflation zu reden oder kann man das so nennen? Es ist übertrieben 50 %, es ist nicht übertrieben 40 %. Und zwar wird hier nicht von schleichender, trabender, galoppierender, sondern ganz schlicht und deutlich von Inflation gesprochen. Nur weibliche Befragte: übertrieben 43 %, nicht übertrieben 45 %. Die Regierung hat zu viele Reformen begonnen, aber nicht beendet, für 49 % ist dies ein berechtigter Vorwurf, für 24 % ist dies kein berechtigter Vorwurf. Wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten ein bis zwei Jahren? 27 % sind eher beruhigt, 54 % eher besorgt. Allein 41 % der potentiellen SPD-Anhänger sehen eher besorgt in die Zukunft.

Dies bedeutet für mich und für unsere Mitarbeiter eine ganz klare Erkenntnis, daß wir noch stärker, als wir es schon bisher vorhatten, immer wieder auf diese Themen eingehen müssen. Ein Wahlkampf ist mindestens in seiner Werbung – wie jede Werbung Penetration – und es hat überhaupt keinen Sinn, daß wir dem Wähler in den nächsten acht Wochen eine Vielfalt von Themen querdurch anbieten, die unterschiedlichen Themen dürfen vielmehr eigentlich immer nur ein neuer Einstieg oder ein neues Vehikel sein, um zu dieser Basisaussage Stabilität gegen Inflation, Ordnung gegen Unsolidität mehr Sicherheit hinzuführen. Ich glaube, daß ich Ihnen das an einigen Beispielen durchaus klarmachen kann.

Kommen wir zurück zu unserer Wahlkampfanlage: Der Wahlkampf hat, wie Sie wissen, in der Werbung zwei wesentliche tragende Säulen, nämlich die Sichtwerbung, die Plakatierung auf der einen Seite und die Insertion auf der anderen Seite. Über die Stillinie der CDU haben wir uns in der letzten Sitzung am 21. August hier unterhalten. Sie hat Zustimmung gefunden. Wir haben deswegen mit den Agenturen auf dieser Linie weitergearbeitet. Was neu ist, ist die Festlegung des Slogans: „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“. Diesem Slogan gehen Unterhaltungen durch drei Monate voraus, eine Auswahl von etwa 350 in Frage kommenden Slogans. Ich glaube, ich brauche das nicht diesen ganzen Film vor Ihnen noch einmal abzuspielen. Die Tests, die wir natürlich gemacht haben bei diesem Slogan ebenso wie bei den Bildern, über

die zu sprechen sein wird, haben ganz deutlich ergeben, daß Fortschritt und Stabilität im Mittelpunkt liegen, daß sie allgemeine Zustimmung mobilisieren und daß sie in hervorragender Weise mit der CDU assoziiert werden. Wir meinten, wir könnten nur durch die Kombination von Fortschritt und Stabilität die CDU einerseits als die solide Partei darstellen, ihr aber andererseits die Dynamik geben, die sie gerade für die Grenzwähler, für die Jungwähler, für die Wähler in den Großstädten braucht. Deswegen also das vom Präsidium verabschiedete Ergebnis: „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“.

Für die Sichtwerbung hatte ich Ihnen schon in meinem Bericht vor gut vier Wochen gesagt, daß wir auf jegliche unpolitische Idylle verzichten wollten und würden, weil sich in früheren Wahlkämpfen erwiesen hat, daß das nur ablenkt und daß das eher schadet als nützt, daß wir uns also ganz klar beschränken auf die Aussagen, den Slogan und auf die Männer und Frauen, die diese Aussage verwirklichen werden.

Dazu gibt es nun folgende Grundüberlegung: Es ist überhaupt kein Urteil über die Qualität der einzelnen Mitglieder, die Rainer Barzel inzwischen als seine Mannschaft¹² präsentiert hat, wenn man nüchtern zur Kenntnis nimmt, daß es hier einzelne Mitglieder gibt, die im ganzen Bundesgebiet bekannt sind, und andere, die noch nicht so weit bekannt sind. Es ist ebenfalls eine klare Erfahrung der Werbung insgesamt, aber vor allem der politischen Werbung, daß sie nicht in zwei Dekaden, d. h. in 20 Tagen, durch Plakatierung und durch Visualisierung neue Tatbestände bekannt machen können. Sie können nur bekannte Tatbestände ins Bewußtsein heben und aktivieren. Deswegen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß wir bundesweit nur diejenigen plakativ darstellen können, die bereits bekannt sind, und diese sind außer unserem Vorsitzenden und Spitzenkandidaten aus seiner Mannschaft drei, nämlich Gerhard Schröder, Hans Katzer und Franz Josef Strauß. Wir haben uns ganz klar in allen Gremien, die sich damit befaßt haben, dazu entschieden, wenn es graphisch möglich wäre, diese Vierergruppe in einem Plakat darzustellen, um nämlich Mannschaft zu symbolisieren, um Mannschaft ins Bild zu bringen und um gleichzeitig durch diese Mannschaftsdarstellung jeden Versuch, einzelne Mitglieder dieser Mannschaft, sei es die CDU und die CSU, sei es ein sogenannter rechter und ein sogenannter linker Flügel, gegeneinander auszuspielen. Wir meinen, daß uns die graphische Lösung dieses Plakats gelungen ist durch ein paar hervorragende Fotos. Die Testergebnisse sind vorzüglich, und sie zeigen ganz genau, was wir wollten, daß nämlich hier zum ersten Mal etwa Franz Josef Strauß nicht als der Rivale, sondern als das Mitglied dieser Mannschaft begriffen und verstanden wird. Und deswegen bin ich der Meinung, daß wir dieses Plakat auch da und gerade da kleben müssen, wo man womöglich auch gewisse Bedenken gegenüber Franz Josef Strauß hat, und zwar, weil wir doch nicht vergessen machen können, daß Strauß eine hervorragende Rolle in dieser Mannschaft spielt. Herr Krakow, es wird gebeten, das etwas höher zu stellen. Vielleicht können Sie es auch einmal herumzeigen.

12 Vgl. „Bild“ vom 1. Oktober 1972 „Sie greifen nach der Macht am Rhein“.

Dieses ist selbstverständlich ein Plakat in einer Größe, wie es nicht geklebt wird. Tatsächlich geklebt wird dieses als 18-Bogen-Plakat, d. h. also als Großflächengestaltung auf den Flächen 3 m^2 auf 2 m^2 . Auf den Sonderstellen, auf den Ganzstellen und im allgemeinen Plakatanschlag wollen wir Rainer Barzel und seine Mannschaft so ins Bewußtsein bringen, wie sich das aus den regionalen Erfahrungen anbietet, und zwar mit unseren Ministerpräsidenten, mit den Mannschaftsmitgliedern, die in diesem Bereich bereits bekannt sind, also etwa in Schleswig-Holstein mit Herrn Narjes, in Baden-Württemberg mit Herrn Wörner, in Rheinland-Pfalz mit Helmut Kohl und Herrn von Weizsäcker, in Hessen mit Herrn Dregger und mit Herrn Kiep. Dies ist also der regional wechselnde Anschlag auf den allgemeinen Stellen und in der Ganzstellenplakatierung, und daneben geht auf den Sonderstellen, auf den Großflächen, dieses 18-Bogen-Plakat der Mannschaft durch.

Dazu kommt in einer ersten Plakatierungsdekade, vorgezogen während des Parteitages, also in der Zeit etwa vom 2. bis zum 12. Oktober, das Plakat, was Sie dahinter sehen, was Rainer Barzel, die CDU, unser Regierungsprogramm und den Slogan erstmals zum Auftakt des Wahlkampfes breit ins Bewußtsein bringen soll. Dazu kommen durchs ganze Bundesgebiet die Versammlungsankündigungsplakate, die in dieser Form für die Mitglieder der Mannschaft gestaltet sind und wo die Kreisverbände dann hier eindringen können, deswegen der relativ große Raum, den Ort und den Zeitpunkt und den Slogan der Versammlung. Ich bedauere nur, daß ausgerechnet unser Ehrenvorsitzender hier im Kleinformat dargestellt wird. Er gehört absolut in diese Reihe, und das ist hier also offenbar ein technisches Versehen. Es gibt natürlich von diesen Plakaten dieses Format und vice versa. Dies ist die Plakatierung. Die gleichen Plakate der Mannschaftsmitglieder für den regionalen Anschlag sind nicht quer orientiert, sondern sind senkrecht orientiert und haben dann den entsprechenden Slogan.

Zweiter Bereich: Insertion. Wir haben uns in der Insertion bisher vollkommen zurückgehalten im Unterschied zur SPD. Darf ich eine Sekunde um Aufmerksamkeit von Herrn Katzer bitten, weil das an ein Gespräch im Präsidium anschließt. Im Unterschied zur SPD, die bereits bis zum heutigen Tage für Insertion etwa eine Mio. DM ausgegeben hat, haben wir uns beschränkt auf eine einzige Anzeige im Juli im Anschluß an den Rücktritt von Schiller. Wir sind jetzt in einer besonderen Aktion aus Anlaß der Auflösung des Bundestages mit einer Anzeige herausgekommen¹³, die Sie gesehen haben, und wir werden in den nächsten Tagen mit einer zweiten Anzeige herauskommen, die unsere Leistung bei der Verabschiedung der Rentenreform¹⁴ noch einmal ins Bewußtsein bringen soll, um zugleich in den Angriff auf die SPD die positive Selbstdarstellung der CDU hineinzunehmen. Diese beiden Anzeigen sind gleichzeitig 50 Mal pro Kreisverband als Plakat an unsere einzelnen Kreisverbände gegangen, und zwar so, daß sie in den Kreisverbänden vorlagen an dem Morgen, wo die Anzeige in der Zeitung stand, und sie sind gleichzeitig als Flugblatt in 1.000 Exempla-

13 „Die SPD ist gescheitert. Jetzt hat der Wähler das Wort“ vom 23. September 1972. Auflistung weiterer Insertionen in ACDP Dokumentation 17/06 Werbung/Insertionen CDU.

14 Zur Beratung des Rentenreformgesetzes vgl. Nr. 26 Anm. 15.

ren pro Kreisverband herausgegangen. Die Kreisverbände sind aufgefordert, weitere Exemplare kostenlos bei uns zu bestellen zur weiteren Verteilung. Wir werden das natürlich nicht in Zukunft bei jeder Anzeige machen können. Es schien uns dies aber für den Auftakt des Wahlkampfes, für die Mobilisierung unserer eigenen Freunde draußen, eine wichtige Sache zu sein klarzumachen: Hier geht es nicht nur um eine Anzeige; hier geht es um eine Aktion, um eine Aktion zur Auflösung des Bundestages, um eine Aktion für die Rentner.

Die nächste Anzeige ist planmäßig vorgesehen zum Bundesparteitag, zur Unterstützung dieses Plakats, zur Penetration unseres Regierungsprogramms, wobei in der Anzeige natürlich stärker auf dieses Regierungsprogramm abgehoben werden kann. Es beginnt dann mit dem Bundesparteitag die allgemeine Insertionskampagne, zunächst mit zwei und nachher mit drei Zweidrittel-Anzeigen je Woche. Für diese Anzeigen gibt es zwei Entwürfe, die fast abgeschlossen sind, zum Thema Inflation und zum Thema Vermögensbildung, die wir hier durchaus nachher diskutieren können.

Weitere Anzeigen müssen sich aus dem Programm ergeben, das wir auf dem Bundesparteitag zu verabschieden haben. Es wäre eine völlige Verkennung des Wahlkampfes, wenn wir etwa glaubten, wir könnten diese Anzeigen jetzt druckfertig machen. Dennoch werden wir bis zum Parteitag für alle Anzeigen, die nach unserem Etat möglich sind, einen Vorentwurf in der Schublade haben, obwohl wir wissen, daß wir wahrscheinlich bei jeder Anzeige an dem letzten Tag, wo noch etwas zu ändern ist, zu überlegen haben, ob sie in die allgemeine Richtung hineinpassen. Für die Illustrierten ist bei der langfristigen Belegung, die dort nötig ist, eine Insertion lediglich in den letzten drei Ausgaben vor dem Wahltag jeweils mit einer Seite vorgesehen und möglich.

Für die Fernsehgestaltung halten wir uns wiederum daran, daß dies ein politischer und ein informierender Wahlkampf sein soll. Wir haben dafür einen Mann gefunden, der uns schon bei vielen Wahlkämpfen hier sehr wichtige und gute Hilfe geleistet hat, Herrn Knoop¹⁵, und haben ihn gekoppelt mit Herrn von Zahn¹⁶. Ich glaube, daß dies eine erstklassige politische Besetzung ist mit einer breiten Erfahrung gerade auf diesem Gebiet. Wir sind mit diesen Herren zu dem Ergebnis gekommen, daß wir auf alle Maschen verzichten sollten, daß wir auf alle Verfremdung, auf alle gespielten Filme verzichten sollten. Die ersten Tests, die wir dazu gemacht haben, haben das voll und ganz bestätigt. Wir wollen in die erste Sendung mit einem Wahlaufruf von Herrn Barzel selbst hereingehen, und wir werden während des Parteitages Gelegenheit haben, mit der Mannschaft die nötigen Aufnahmen zu machen, um dann ein politisches Angebot, wie das die Formel dieses Wahlkampfes ist von Rainer Barzel und seiner Mannschaft, auch im Fernsehen zu präsentieren.

15 Walter Knoop (geb. 1920), Filmproduzent aus Hamburg.

16 Dr. Peter von Zahn (1913–2001), Journalist; 1931–1939 Studium der Rechtswissenschaften, Geschichte und Zeitungswissenschaften; ab 1945 Tätigkeit beim NWDR, 1951–1960 Auslandskorrespondent in den USA, ab 1960 Tätigkeit als Produzent und Gründung der Windrose Film- und Fernsehproduktion, 1972 CDU. Memoiren: Stimme der ersten Stunde. Erinnerungen 1913–1951. Stuttgart 1991.

Meine Bitte an alle Beteiligten, vor allem natürlich an unseren Vorsitzenden, ist, daß wir die Chance nutzen, die hier gegeben ist, aktuell zu sein. Die Aufnahmen, die wir bisher mit Herrn Barzel gemacht haben, haben uns und den Sachverständigen gezeigt, daß das absolut möglich, daß das sogar nach unserer Meinung das wirksamste ist. Das bedeutet aber eben relativ weniger Konservenproduktion und relativ mehr aktuelle Produktion zu den jeweiligen politischen Themen, die vorliegen. Ähnliches gilt für den Rundfunk.

Um das Bild abzurunden: Wir bereiten die Ausgabe von drei Wahlkampfzeitungen im Boulevardblattformat vor, ähnlich wie die Wahlzeitung – ich glaube, sie hieß damals „Extra“ – die es im Wahlkampf 1969 gab.¹⁷ Die Kandidatenpakete, die unseren Wahlkreiskandidaten die nötigen Unterlagen für ihre Arbeit anbieten, sind in der vorigen Woche herausgegangen. Der Wahlkampfdienst, mit dem unsere Kandidaten und unsere Kreisverbände noch, glaube ich, zweitäglich, jetzt bereits täglich unterrichtet werden, läuft ebenfalls seit der vergangenen Woche. Hier können wir uns aktuell mit der Argumentation des Gegners auseinandersetzen. Hier können wir unsere eigenen Anzeigen ankündigen. Hier können wir eigene Sprachregelungen verbreiten. Was weiterhin in der Vorbereitung ist – allerdings muß ich hier sagen, immer noch mit großen Schwierigkeiten – ist der Rednereinsatz. Wir müssen erstens uns umstellen von dem ursprünglich geplanten Termin 3. Dezember auf den 19. November, und wir müssen zweitens davon ausgehen, daß wir praktisch mit dem Parteitag anzufangen haben.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der Wählerinitiativen. Uns stehen eine Reihe von Namen und von guten Namen zur Verfügung aus den einzelnen Bereichen der Gesellschaft, etwa aus dem Bereich der Wissenschaft, etwa aus dem Bereich des Sports bis hinein in den Bereich der leichten Muse. Wir haben außerdem uns bemüht um ehemalige SPD- und ehemalige FDP-Wähler und Politiker. Ich bin gerne bereit, darüber nachher Einzelheiten zu sagen. Ich würde allerdings bisher empfehlen, daß wir diese Namen in petto halten, aber daß wir von uns aus nicht in eine Testimonial-Kampagne hereingehen. Ich bitte Sie, daran zu denken, daß die SPD das 1969 als eine Vorwahlkampagne gemacht hat, in der Zeit damals vom Februar bis zum Juli. Ich erinnere Sie daran, daß wir uns damals eingelassen haben, gegen diese Kampagne zu wirken mit „wie schlecht muß eine Partei sein, wenn sie nicht selbst überzeugen kann“. Die aufmerksamen Zeitungsleser haben vielleicht gesehen, daß ein sehr wirkungsvoller Fang eines bekannten Fußballstars für die Kommunalwahl in Niedersachsen, des Herrn Höttges¹⁸, schon auf höchst kritische Glossen und Kommentare gestoßen ist, was gar nichts ändert an dem Einsatz dieses Mannes dort oben, aber dies ist die allgemeine Stimmung. Mein Auftrag ist bisher gewesen und bleibt bis zum Parteitag weiter, daß wir alle erreichbaren Namen und Personen sammeln, daß wir sie bereithalten, aber

17 „Extra ’69 Informationen der CDU“. Laut Auflistung über die Wahlkampfdruckschriften der CDU 1969 sind drei Nummern dieser Wahlzeitung (Mai, Juli und August) erschienen (ACDP Dokumentation 17/05).

18 Horst-Dieter Höttges (geb. 1943), 1964–1978 Fußballspieler beim SV Werder Bremen, Mitglied der Nationalmannschaft.

daß wir uns sehr überlegen, ob wir mit einer solchen Testimonial-Kampagne anfangen.¹⁹

Letzter Punkt: Mit den einzelnen Vereinigungen sind Sonderaktionen abgesprochen und abgestimmt, über die ich sicher nur zu berichten brauche, wenn Sie das im einzelnen wünschen. Schließlich: Dieser Wahlkampf besteht zu einem gewissen Teil, den man nie unterschätzen soll, aus Werbung. Aber dieser Wahlkampf besteht natürlich ganz überwiegend aus Politik. Wir haben uns deswegen die Frage vorgelegt: Was können wir tun, um auch politisch in diesem Wahlkampf aktuell zu sein und die nötigen Themen von uns aus hereinzubringen? Dazu dient der Rednereinsatz der Führungsgruppe und des Spitzenkandidaten. Aber dieser Rednereinsatz sollte so weit wie irgend möglich multipliziert werden.

Deswegen zwei Vorschläge: Da der Vorsitzende auf dem Parteitag in Wiesbaden ohnehin nicht das gesamte Regierungsprogramm in allen Details vortragen kann, sollten wir uns überlegen, ob Einzelheiten bestimmter, sehr konkreter Pläne, die nicht in der Rede von Herrn Barzel im einzelnen ausgeführt werden können, in einer zeitlichen Abstufung hinterher jeweils auf Pressekonferenzen noch ausgebaut werden, um hier neue Anstöße zu geben, indem eben Herr Katzer eine Pressekonferenz eine Woche nach dem Parteitag über den Vermögensplan macht, oder Herr Narjes eine Pressekonferenz über den Stabilitätsplan, oder andere über andere Pläne. Zweitens möchte ich, dessen Rednereinsatz ohnehin auf die umliegenden Gebiete von Bonn beschränkt sein muß, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz – weil ich glaube, daß Sie mit mir übereinstimmen, daß der Generalsekretär tagsüber hier sein sollte –, versuchen etwas aufzunehmen, was es bisher bei uns nie gegeben hat, was in England selbstverständlich ist, nämlich im Wahlkampf jeden Tag hier im Hause um 12.00 Uhr für die Presse zur Verfügung zu stehen, um sie zu füttern mit Nachrichten über den Ablauf des Wahlkampfes. Dieses kann nur optimal ausgenutzt werden, wenn Sie alle, die Sie hier sitzen, sich mit zur Verfügung stellen – und ich rechne hier ein bißchen auch auf die Unterstützung unseres bewährten Freundes Eduard Ackermann –, daß Sie uns hier am Morgen sagen in zwei Sätzen, was Sie am Abend zu sagen beabsichtigen, damit wir von hier aus Meldungen verbreiten können, z. B. Herr Dr. Barzel wird heute abend in Schleswig-Holstein dieses sagen, Herr Schröder wird heute abend in Hessen dieses sagen, Herr Stoltenberg wird heute abend in Württemberg jenes sagen. Ich glaube, daß das eine sehr viel breitere Wirkung unserer politischen Thesen auch im redaktionellen Teil der Zeitungen erbringen würde, als wenn wir uns nur auf die Reden, die Anwesenheit der örtlichen Presse, und vielleicht in Ihrem Falle das Mitnehmen von Journalisten beschränken.

Soviel zu einem Überblick über das, was fertig ist und über das, wo wir, ich leugne das nicht, noch an der Arbeit sind. Ich meine, daß wir nach dem Stand der Vorbereitungen mit Zuversicht in diese nächsten acht Wochen hineingehen können. (*Beifall.*)

Barzel: Ich danke Herrn Kraske für den Bericht und auch ihm und allen Beteiligten für die Arbeit, die daraus spricht. Ich stelle beide Berichte zur Diskussion.

19 Zu den Testimonials vgl. UiD Nr. 43 vom 8. November 1972 S. 7–10.

Amrehn: Dürfen wir noch erfahren, ob zum Parteitag, wie in der letzten Sitzung angekündigt, am Vorabend oder Vornachmittag eine Vorstandssitzung einberufen wird? (*Kraske:* Präsidium 12.30 Uhr am Sonntag, Bundesvorstand 15.00 Uhr am Sonntag. Abends frei für Treffen in Landesverbänden oder in Kreisen.) Es war die Rede davon, Herr Kraske, daß wir Arbeitskreisveranstaltungen hätten. Das war wahrscheinlich nur ein Lapsus? Sie meinen Arbeitsgebietdiskussionen im Zusammenhang mit ... (*Kraske:* Bereiche. Es gibt nur Plenum. Ich habe nur erinnert an die Überlegung im August, als wir auch Arbeitskreise für möglich hielten, das ist entschieden. Es gibt nur Plenum, aber dafür entsprechend kürzere Zeiten.) Gibt es dann einen Unterschied in der Sache zwischen der allgemeinen Aussprache, die nach dem Referat Weizsäcker vorgesehen ist, und den Diskussionen, die nach den anderen Reden stattfinden? Ist in den Diskussionen bereits die Steuerung mit enthalten, von der Sie hier gesprochen haben, oder heißt allgemeine Aussprache, daß da über jedes Gebiet geredet werden könnte?

Kraske: Die allgemeine Aussprache ist allgemein, weil sie das Thema, die Eröffnungsrede des Vorsitzenden, meinen Bericht und den Bericht von Herrn von Weizsäcker einschließen muß, in denen es ja in allen dreien letzten Endes um die Partei geht. Deswegen meinten wir, wir könnten das in einer Aussprache zusammenfassen. Ideal ist das nicht, aber es bleibt uns keine andere Möglichkeit, sonst kommen wir überhaupt nicht durch mit dem Programm.

Amrehn: Viertens: Sie sagten selbst, der Parteitag sei nun eigentlich die Wahlkampföffnung, die ja ursprünglich etwas früher gedacht war. Die Sonderveranstaltung am 29. Oktober dürfte damit wohl entfallen. Davon war nämlich heute keine Rede im Referat von Herrn Kraske, und es müßte uns noch zusätzlich gesagt werden: Für welche Zeiten wir denn nun unsere Termine zusätzlich bereithalten müssen für die Verplanung durch die Bundesgeschäftsstelle. Ich sage das aus einem sehr praktischen Grunde. Eine Reihe von Kollegen wünscht außerhalb der Termine, die uns von der Bundesgeschäftsstelle gegeben werden, den Einsatz in ihrem jeweiligen Wahlkreis. Ich bin bereit, also da und dort zusätzlich noch zu sprechen, aber wir müssen jetzt Termine liefern und können es nicht, wenn uns nicht gesagt wird, von dann an beschlagnahmt uns die Bundesgeschäftsstelle. Das war nämlich bisher nur vom 29. Oktober an. Und damit ich nicht immer wieder neu das Wort ergreifen muß, möchte ich die anderen Punkte mit anschließen. Ich finde es sehr dankenswert und überaus nützlich, daß wir jetzt bereits diese Wahlkampfinformation jeden Tag auf gelbem Papier bekommen. Ich möchte dazu nur anregen, daß vermieden werden sollte, uns zu viel Text zu liefern, sondern den Text möglichst noch abzukürzen und in Stichworte zu kleiden. Und ein ganz praktischer Hinweis: Ich würde bei der Rentenreform, die wir verabschiedet haben, nicht unten anfangen und auf einer neuen Seite weiter beginnen lassen, sondern auf eine Seite drucken, die ich rausreiße und in mein Redematerial hineinlege. Ich bitte also, auf solche praktischen Folgeerscheinungen, die Informationen ja haben sollten, mit Rücksicht zu nehmen.

Schließlich wollte ich daran erinnern, daß uns der Herr Vorsitzende über das Regierungsprogramm noch etwas mehr sagen wollte. Und schließlich ein Punkt aus dem,

was er selbst vorgetragen hat: Ich würde ganz gerne hören, in welcher Weise, nicht nur massiv, sondern in welchem Raum der Bundeskanzler dafür angenommen werden soll, daß er seinen Korruptionsvorwurf erhoben hat. Ich muß sagen, das ist so eine schlimme Geschichte im „Spiegel“-Interview²⁰, daß der Weg auch gesucht werden muß, wie man ihn stellt, und jeden Tag, entweder bis zur Zurücknahme oder bis zur Nennung von Namen dazu zwingt, Stellung zu beziehen. Von Thadden²¹ und ich haben uns überlegt, ob die in Betracht kommenden Kollegen nicht notfalls kollektiv einen rechtlichen Schritt unternehmen, wenn er sich anders nicht stellt. Ich glaube, das ist eine so schwerwiegende Geschichte, daß sie im Wahlkampf eine besondere Rolle spielen kann im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit seiner Person.

Barzel: Die meisten Fragen wird der Kollege Kraske beantworten. Darf ich zum letzteren sagen, ohne das zu wiederholen, was ich in meinem Eingangsbericht dartat: Die Frage, ob die Kollegen, die zu uns gekommen sind, veranlaßt werden sollten, einen besonderen Schritt zu ergreifen, haben wir heute morgen erörtert. Wir sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dazu nicht zu raten. Denn der Vorwurf richtet sich gegen die CDU, und wenn wir nun die Kollegen, die neu zu uns gekommen sind, allein lassen – wenn ich mir praktisch vorstelle, ich würde jetzt einen meiner Mitarbeiter beauftragen, Herrn Kollegen X anzurufen und zu sagen „Wir wollen da was machen. Bei Ihnen ist doch nichts, nicht?“ –, ist das völlig unzumutbar. Das heißt, diesen Kampf müssen wir solidarisch führen, und es werden ja noch viel größere Beschimpfungen kommen. Wir müssen natürlich dafür sorgen, daß der Kanzler gezwungen wird, hier den Wahrheitsbeweis anzutreten. Sonst ist er eben ein Verleumder, wie wir dies hier eingangs gesagt haben. Da muß ganz hart gespielt werden. Da sind wir, glaube ich, einig. Ich habe mich inzwischen auch mit der CSU abgestimmt. Unsere Linie findet da Zustimmung, die sind absolut einverstanden. Es gibt eben noch die Anregung, zu sagen, Herr Brandt bediene sich der Untergrundmethoden. Er gefährde damit den inneren Frieden usw. Also, die Linie stimmt in dieser Frage. Vielleicht zu der anderen Frage jetzt gleich oder?

Kraske: Jawohl. Erstens, Herr Amrehn, die Anregung, was den Wahlkampfdienst angeht, nehmen wir gerne auf. Insbesondere diese eine Frage, daß man Themen möglichst nicht überlaufend behandelt, was sicher ganz klar ist, nur bei schneller Redaktion manchmal schwer zu vermeiden. Daß zu viel drin steht, ist natürlich eine schwierige Sache, denn unsere Leute wollen zu vielen Dingen schnelle Informationen haben. Die Interessen sind hier unterschiedlich. Da würde ich also doch sagen, das sollten unsere Wahlkämpfer am Morgen, wenn sie es auf den Tisch legen, lesen können, das

20 Zum Interview vgl. Anm. 5. Vgl. auch „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 26. September 1972 „Wirbel um das Brandt-Zitat“; „Die Welt“ vom 26. September 1972 „Bundeskanzler kann Vorwurf der Korruption nicht belegen“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 26. September 1972 „Barzel will Fernsehdialog mit Brandt“. – Am 4. Oktober 1972 stellte der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Schulz Strafanzeige gegen Brandt und andere. Das Ermittlungsverfahren wurde am 1. November 1972 eingestellt.

21 Franz-Lorenz von Thadden (1924–1979), Journalist; 1969–1972 MdB (CDU).

sind pro Tag drei Seiten oder so was. Da würde ich also nach den bisherigen Erfahrungen nicht gut sehen können, wo wir es kürzer fassen sollen.

Wahlkampföffnung: Es ist richtig, daß wir mit dem Termin 29. Oktober jetzt in eine gewisse Schwierigkeit kommen. Wir haben während unserer Berliner Tagung eine erste große Kundgebung mit Herrn Barzel, Herrn Schröder, Herrn Katzer und Herrn Strauß.²² Wir haben dann am 9. bis 11. Oktober den Bundesparteitag, und jeder weiß, daß der Wahlkampf, wenn er nicht bis dahin im vollen Gang ist, spätestens dann anfängt. Deswegen haben auch meine Mitarbeiter die Frage gestellt, wie wir das mit der Großkundgebung am 29. Oktober in der Westfalenhalle machen sollen. Eine Wahlkampföffnung kann sie sicher nicht sein, denn das dient nach manchen Erfahrungen unserer Freunde, die nicht ganz so fleißig sind, als Argument dafür, daß sie ja bis zum 29. Oktober noch nicht reden dürften, weil ja dann erst der Wahlkampf beginnt. Ich kenne das alles aus früheren Wahlkämpfen. Aber eine monumentale Kundgebung in der Westfalenhalle²³ haben wir bisher immer gemacht, und das ist natürlich ein bißchen auch eine Prestigefrage, gerade für das Revier. Herr Vorsitzender, ich würde empfehlen, daß wir von dem Begriff „Eröffnung“ in jedem Falle abkommen und daß wir die Frage „Großkundgebung“ machen, auch mit unserem finanziellen Engagement, wenn uns Herr Köppler und Herr Windelen, die sie als Landesvorsitzende mit ihren Verbänden vor allem beschicken und sichern müssen, sagen, daß sie das können und daß sie das tun werden. Dies ist mein Votum zu der Frage „Rednereinsatz“. Herr Hennig und Herr Meyer als die unmittelbar Beteiligten sollten sich bitte äußern, ab wann die Bundesredner für den zentralen Einsatz zur Verfügung stehen müssen.

Barzel: Vielleicht machen wir das im Zusammenhang nachher mit anderen Fragen.

Dregger: Eine Anregung an Herrn Krasko: Er hat in seinem interessanten Bericht eine Fülle von Tatsachen mitgeteilt, die weder zu merken noch mitzuschreiben waren. Wenn wir das schriftlich bekämen, wäre das sachdienlich. Vielleicht läßt dies die Geheimhaltung zu. Wenn wir das vorher bekämen, dann könnten wir das sogar für die Diskussion verwerten und wir würden mehr Zeit für die Beratung haben.²⁴

Aber zur Sache: Ich halte den Wahlslogan für gut, obwohl er relativ lang ist. Weil er das ausdrückt, was wir inhaltlich sagen wollen. Zu den Plakaten: Die einzelnen Plakate sind hervorragend, insbesondere das sprechende von Herrn Katzer. Das Viererplakat ist problematisch. Wir haben ja in Hessen auch ein Mannschaftsplakat gebracht. Dabei kam es weniger darauf an, die Charakterköpfe zu präsentieren. Wir wollten unseren kurzen Slogan „Wir kommen“ durch eine Keilformation, die Unaufhaltsamkeit andeu-

22 Zur Wahlkampfkundgebung der CDU in der Berliner Hasenheide vgl. „Der Tagesspiegel“ vom 3. Oktober 1972 „Die Wahlkundgebung in Berlin“; FAZ vom 4. Oktober 1972 „Immer diese zweifelnden Fragen – glaub ihm doch!“.

23 Zum zentralen Wahlkampfauftakt in Dortmund vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 30. Oktober 1972 „Edelhagen und 23000 CDU-Anhänger schlugen Barzel den Takt“; „General-Anzeiger Bonn“ vom 30. Oktober 1972 „CDU/CSU warnt vor sozialistischen Utopien“. Protokoll der Veranstaltung in ACDP Dokumentation 2/201.

24 Transkript der Ausführungen Kraskes, die allerdings nicht in allen Teilen dem Vortrag entsprechen, in ACDP 07–001–926.

tete, ins Bild setzen. Die Frage ist, ob diese vier Herren nicht doch auf Einzelplakaten überall häufig geklebt werden könnten, um den gleichen Effekt zu erreichen, wobei ich zugebe, daß ja die Gemeinsamkeit betont werden soll. Aber das könnte sich auch in den inhaltlichen Aussagen dieser vier Kollegen ausdrücken und nicht notwendigerweise im Bild. Zu den Plakaten noch eine Anregung: Ich würde die akademischen Titel allgemein weglassen. Ludwig Erhard ist so viel wert, das kann durch Professor und Doktor nicht mehr gesteigert werden. Oder sind die schon gedruckt? (*Zwischenruf*: Ist schon gedruckt). Ja, dann ist es natürlich zu spät. (*Kraske*: Also den Professor würde ich gerade bei Herrn Erhard bestimmt nicht weglassen. Über die Doktoren kann man viel reden, aber den Professor Erhard, das muß da drin stehen.) Aber den Dokortitel sollte man vielleicht wegnehmen.

Dann noch zur Frage der Penetration der Hauptthemen, von der Sie gesprochen haben, Herr Kraske. Aus Ihrem Bericht ging hervor, daß die innere Sicherheit nach wie vor das zweitinteressanteste Thema ist. Ich bin etwas überrascht, daß es in der Thematik des Parteitages nicht erscheint. Es läßt sich dort auch nicht unterbringen in diesen drei Hauptthemen, denn es hat weder etwas mit Außenpolitik zu tun noch mit Reformpolitik noch mit marktwirtschaftlicher Stabilität. „Stabilität durch Soziale Marktwirtschaft“ heißt das Thema, nicht wahr? Das paßt also nicht ganz rein. Wir haben das in der letzten Vorstandssitzung anders besprochen, und vielleicht gibt es Gründe, die ich nicht kenne, die zu dieser Änderung beigetragen haben.

Barzel: Darf ich zu diesen beiden Fragen etwas sagen? Erstens ist der Präsident des Parteitages der Ihnen wohlbekannte hessische Landesvorsitzende Alfred Dregger, und wir hatten eigentlich gedacht, daß der den Parteitag nicht nur eröffnet und sagt „Nun sind wir alle da und freuen uns sehr, daß wir da sind und nun gebe ich Euch das Wort“, sondern daß er zehn Minuten bereits dieses Thema anreißt. Und es kommt wieder vor die ganze Zeit. Dienstag kann man das dann konkretisieren, und es kommt vor bis zum Mittwoch als ein durchlaufender roter Faden. Dies war bei uns so geplant worden. Offensichtlich hat Sie das noch nicht ganz erreicht. So war unsere Vorstellung.

Was dieses Viererplakat betrifft, so haben wir natürlich darüber lange nachgedacht. Wir kennen die Keilformation von Hessen, wir kennen die von Bremen, wir kennen die Bilder von Nordrhein-Westfalen und von anderen bereits. Das alles war nicht so schrecklich schwer. Wir haben uns eigentlich erst entschlossen, so etwas zu machen, nachdem völlig klar war, daß Brandt das nicht machen kann, denn der hat keinen, mit dem er sich mehr fotografieren lassen kann außer dem Schmidt. Alle anderen sind ja weg. Das ist ja einer der großen Erfolge. (*Unruhe*.) Das zweite: Wir haben die Notwendigkeit gespürt, dem entgegenzutreten, was also, ich glaube Herr Schröder in Bochum auch die Buhmanngeschichte nennt. (*Schröder*: Tabuisierung habe ich gesagt!) Tabuisierung, wunderbares Wort. Wortschöpferisch. Und indem wir da alle zusammen auftreten, wird das natürlich doch ein bißchen abgefangen. Herr Kraske hat eine Menge dazu gesagt. Die Techniker sind irrsinnig stolz, daß das überhaupt gelungen ist. Ja, das ist wahnsinnig schwierig, so etwas zu machen. Die Sache wirkt natürlich jetzt etwas

anders als die anderen Dinge, weil es, glaube ich, Hochglanz ist (*Kraske*: Ja!) und in Matt sicherlich anders wirkt.

Es gibt natürlich dann Überlegung: „Warum die vier? Warum nicht der fünfte und der sechste?“ Aber ich brauche das nicht darzutun, weil solche Sitzungen natürlich doch begrenzte völlige Diskretion haben. Es wird sich jeder vorstellen können, was im Hinblick auf die vergangene politische Diskussion, auf die aktuelle Diskussion, ein solches Bild mit diesen vier Männern bedeutet. Ich kann Ihnen nur sagen, auf den Parteitag, auf denen ich gesagt habe „Wir vier, und wir kommen auch, und wir treten auch zusammen auf“, gab es ganz großen Jubel. Ob das technisch optimal gelöst ist, weiß keiner. Die Techniker sagen, sie sind verwundert, daß das gelungen ist. Also, ich würde aus politischen Gründen um dieses Foto kämpfen, (*Zwischenruf*: Direkt dazu!) und, damit das hier völlig klar ist: Ich meine, ich weiß ja, wie die Sitzung in acht Wochen hier aussieht, je nachdem, wie das ausgegangen ist – nicht etwa, weil ich Angst habe, mich allein mit dem Kopf zu zeigen –, sondern, weil es unser Wunsch ist, deutlich zu machen, hier gibt es eine Mannschaft. Deshalb heißt auch unser Slogan, das ist ein Wort, „Wir bauen“, das alles stimmt ja psychologisch. Die CDU ist ein „Wir“, sie ist nicht ein sendungsbewußter, fanatischer, wild um sich schlagender, kurz vor dem Überschnappen stehender Haufen. Das ist ein „Wir“, ich brauche das nicht näher zu formulieren.

Kiep: Ich wollte nur die Ausführungen von Herrn Kraske noch um einen Punkt ergänzen und Ihnen eine Information geben, die Sie vielleicht interessieren wird im Zusammenhang mit dem hier Vorgeführten. Herr Kraske, Herr Hennig und ich haben in der vergangenen Woche vor einem Kreis von engagierten und in der Sache besonders erfahrenen Leuten, nämlich den Marketing-Chefs einer Reihe von großen Markenartikelherstellern, einmal unsere Konzeption und auch die einzelnen Werbemittel vorgeführt. Da waren solche Branchen vertreten wie der Hersteller eines sehr alten Weinbrands und einem bekannten Nahrungsmittel usw. Die ganze Palette war vertreten. Wir haben einen ganzen Vormittag diskutiert von 9.00 Uhr bis 2.00 Uhr nachmittags, und ich darf Ihnen sagen, das Fazit, was diese Leute aus der Präsentation, die wir ihnen gemacht haben, gezogen haben, war Zustimmung. Zustimmung gepaart mit Überraschung und Erstaunen, daß solche Amateure, die wir ja doch in den Augen dieser Leute eben sind, eine solche Kampagne in dieser relativ kurzen Zeit vorbereitet haben. Die fanden die Aussage gut. Die fanden die Prioritäten richtig. Und auch die Gestaltung fand ihren vollen Beifall. Das ist vielleicht wichtig zu wissen als Randbemerkung für unseren Wahlkampf.

Stoltenberg: Ich möchte drei Bemerkungen machen: Ich möchte meinen Eindruck wiedergeben, daß die Schwerpunkte in der Thematik absolut richtig gewählt sind. Das Thema „Innere Sicherheit“ wird ja eine Rolle spielen, unabhängig von der Frage, wie es jetzt beim Parteitag thematisch in das Programm eingegliedert ist. Alles, was wir bis jetzt hören, was bei Diskussionen mit Kandidaten, mit Kreisvorsitzenden und Wählergruppen sichtbar wird, unterstreicht diese Erkenntnis. Die Anlage des Wahlkampfes ist von den Schwerpunkten her offensichtlich richtig und auch nicht mehr wesentlich zu korrigieren.

Die zweite Bemerkung, und hier gibt es, glaube ich, ein Problem, ist folgendes: Herr Kollege Barzel, wir hatten nicht Gelegenheit, es im Gremium anzuschneiden. Ich möchte es deswegen hier im Vorstand sagen, es wird natürlich in Verbindung mit der Vierergruppe – bei der die Reaktion auf dieses Plakat auch bei einer Vorstandssitzung der CDU und einer Diskussion mit dem Bundesgeschäftsführer Sonnabend im größeren Kreis verhalten war, um das hier kurz zu sagen – und dem Plakat natürlich die Frage aufgeworfen erneut, wer gehört eigentlich zur Mannschaft? In der Vergangenheit haben Sie und haben wir von zwei Mannschaften gesprochen. Einer sogenannten Kernmannschaft, das waren etwa elf oder zwölf, der Führungsmannschaft, die Sie in Abstimmung mit vielen und sorgfältiger Vorauswahl in der Personalentscheidung, die, ich glaube, ganz überwiegend begrüßt wurde, komplettiert haben jetzt bis zu dem Kollegen Bewerunge²⁵ hin als dem Mann für das Landwirtschaftsministerium. Da weiß man ungefähr jetzt gleich, wenn nicht ganz genau in der Abgrenzung, wer zu dieser Kernmannschaft gehört. Dann ist der Begriff der erweiterten Mannschaft, Präsidium, Elferrat der Fraktion und Führung der CSU, in der Vergangenheit gelegentlich gefallen, und nun taucht der Begriff wieder auf einer noch engeren Kernmannschaft von Vieren. Wir sind also jetzt in der Situation, daß wir von drei verschiedenen Ebenen sprechen, wenn wir über die Mannschaft reden. Und dies bedarf, wenn ich das sagen darf, aus der Diskussion in der Partei, in unseren Parteigremien, jetzt einer gewissen Präzisierung im Zusammenhang mit einer Entscheidung, noch einmal eine Vierergruppe gegenüber der Elfergruppe herauszustellen, aus Gründen, die ich absolut nachvollziehen kann und die ich selbstverständlich gegenüber jedem anderen außerhalb dieses Kreises mitvertrete. Man muß das, glaube ich, hier sehen, weil wir ja nun überall diese Debatte führen sollen. Die Entscheidung, auf die vier zweifellos besonders bekannten und profilierten Politiker herauszukommen, bedarf noch einmal in dieser Sonderpräsentation aus werblichen und auch aus politischen Gründen der Definition, wer zur Mannschaft der CDU gehört. Das müssen wir jedenfalls die letzten Wochen dann auch sagen können. Sicher wird der Parteitag, die Berliner Kundgebung der Partei für Sie mit ein Anlaß sein, dies noch einmal zu beschreiben.

Dann möchte ich zwei Bemerkungen von Herrn Kraske unterstreichen: Einmal die Dringlichkeit, daß wir jetzt die Termine bekommen. Das stößt auf große Schwierigkeiten, vor allem von dem Problem der Säle her. Wir haben jetzt, ich muß das auch aus meiner eigenen Erfahrung als Bundesredner sagen, eine Reihe von Terminen für Orte, in denen z. T. die Säle nicht mehr vorhanden sind. Unsere Kreisvorsitzenden und Geschäftsführer sagen uns, daß wir auch bei den jetzt erwarteten Terminen der z. T. noch nicht festgelegten Bundesredner in den größeren Städten schon fast keine Säle mehr kriegen. Wir müssen also in diesen Tagen den Wahleinsatz vor allem der Bundesredner absolut fest machen, weil sonst nachher in großen Städten nur noch Säle für 200 bis 300 Leute zur Verfügung stehen. Ich würdige dabei ausdrücklich absolut die

25 Karl Bewerunge (1913–1993), Landwirt; 1961–1976 MdB (CDU), 1964–1978 Präsident der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe. Vgl. „Kieler Nachrichten“ vom 7. November 1972 „Karl Bewerunge scheut keine Verantwortung“.

Schwierigkeiten, die aus der Unsicherheit über den Wahltermin entstanden sind. Es ist also nicht als eine Kritik zu verstehen.

Ein letzter Punkt, den müssen wir hier auch kurz anschnitten: Unser Innenminister hat uns in dieser Vorstandssitzung am Freitag darauf hingewiesen, daß jedenfalls bei uns nach den Münchener Vorgängen²⁶ leider die im Frühjahr große Zahl von Telefonanrufen mit Attentatsdrohungen gegen Veranstaltungen wieder etwas zugenommen hat. Diese Münchener Vorgänge haben natürlich die schlechte Phantasie vieler Menschen angeregt. Wir hatten das bei dem Baader-Meinhof-Komplex im Frühjahr. Das ist abgeklungen. Es kommen jetzt wieder alle möglichen Anrufe gegen Veranstaltungen, Ausstellungen, Zeitungsverlage. Und ich muß sagen, daß natürlich unsere Versammlungsleiter bei den großen zentralen Veranstaltungen, insbesondere mit den Spitzenrednern, in eine unerträgliche Lage kommen, wenn da 2.000 oder 4.000 Menschen oder 800 Menschen in einer Halle sitzen, und es wird also fünf oder zehn vor acht angerufen, und dann in einer Form, die vielleicht doch etwas ernsthafter klingt. Was soll hier geschehen?

Ich bin der Meinung, Herr Kraske, daß dieses Problem, das ich jetzt nur anreißer, von Ihnen noch mal mit den dafür zuständigen Herren genau besprochen wird, und daß wir ohne jede Publizität in dieser Sache – Publizität regt ja wieder Phantasie an – unseren Versammlungsleitern, und zwar dann möglichst einheitlich, eine gewisse Direktive geben. Ich will Ihnen ein Stichwort dazu sagen. Wir haben uns entschlossen, bei uns – wir können das nicht bei jeder Veranstaltung in jeder Kleinstadt machen, aber bei herausragenden Versammlungen der Spitzenredner, und dies gilt dann wahrscheinlich für alle drei Parteien in den großen Städten – routinemäßig vorher durch eine Gruppe von Polizei absichern zu lassen, daß wir fünf, sechs Beamte hinschicken, die einmal zwischen sechs und sieben Uhr sich die Lokalität angucken und gewisse optische Sicherheitsvorkehrungen treffen, soweit man das überhaupt kann. Das ist das Mindestmaß. Es kann ja nicht sein, daß ein Psychopath uns in einem ganzen Land durch die Bedienung eines Ortswahldienstes nacheinander eine Reihe großer Veranstaltungen zum Sprengen bringt. Ich weise also auf dieses Problem hin. Ich weiß nicht, ob es bei Ihren Stabskollegen schon besprochen ist. Dies wäre ein Weg, es bei einer Reihe ausgewählter Veranstaltungen mit den jeweiligen Innenministern der Länder und den Polizeipräsidenten so abzusprechen.

Barzel: Zu den beiden Punkten möchte ich gerne was sagen. Was das Letztere betrifft, so kann ich nur sagen, daß ich seit drei Jahren höchstens 5 % Versammlung habe, in denen nicht zehn Minuten vor Beginn die obligaten Bombendrohungen erfolgen, und ich glaube, man muß hier zwar mit aller Sorgfalt arbeiten, aber eben doch wissen, daß nicht alles an der Sicherheit voll planbar und machbar ist. Der Einsatz von Polizei vorher und Durchsicht durch sachkundige Polizisten ist sicher vernünftig.

Was nun die Mannschaft betrifft, so bin ich da natürlich persönlich angesprochen. Ich kenne auf diesem Gebiet eigentlich ziemlich genau meine Worte. Ich hoffe auch auf anderen Gebieten. Ich habe zum ersten Mal eine Mannschaft definiert öffentlich

26 Vgl. Nr. 27 Anm. 18.

anlässlich der Eröffnung des baden-württembergischen Wahlkampfes, das war in Freiburg, und da hatte ich auch einige Kollegen dazugebeten. Und da habe ich gesprochen, wir bräuchten eine Mannschaft für Partei, Fraktion und Regierung. Das, glaube ich, ist auch richtig, weil uns dies instand setzt, völlig klarzumachen – und dem entspricht ja auch unsere Plakatierung in den einzelnen Ländern, wie Herr Kraske das schon am 21. August hier vorgetragen hat –, daß für die Bevölkerung völlig klar ist, daß dies eine Sache ist, Herr Stoltenberg genauso wie Herr Kohl, Herr Goppel, Herr Röder, Herr Hasselmann, Herr Köppler. Also unsere Spitzen in den Ländern sind hier völlig mit dabei. Wir haben das nie zum Gegenstand von Gremien gemacht, ich würde auch ablehnen, das in Gremien zu erörtern, sondern das bespricht man mit Freunden und Kollegen außerhalb von Gremien. Es wäre ganz falsch, ein komplettes Kabinett vorzustellen, aus sehr vielen Gründen falsch, daß es aber richtig war, nacheinander in einzelnen Bereichen zu sagen: Das ist der dafür, das ist der dafür, und das ist der dafür. Und dies ist ja auch mit aller Deutlichkeit geschehen, bis hin zu dem letzten Fall vom Kollegen Bewerunge, von dem Herr Stoltenberg gesprochen hat. Daß das, was nun auf diesem Plakat ist, ein werblich begründeter, wegen der politischen Lage notwendiger und richtiger Schritt ist, ist offenkundig.

Ich glaube, es ist vernünftig, ein Plakat zu haben, auf dem die beiden Parteivorsitzenden sind, wo der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises und der der Sozialausschüsse ist. Das schließt doch andere keineswegs aus. Sie sehen dort sechs Versammlungsankündigungsplakate. Diese hervorgehobene Form in der Farbe wird nur verwandt nicht für jedermann, sondern für Mannschaftsmembers. Und da die alle durch die Bundesrepublik Deutschland kommen, entsteht auch dadurch dieser Mannschaftscharakter. Ein Plakat mit elf oder zwölf wäre sicherlich nicht sehr gut. Die Frage, Herr Stoltenberg, ob wir in dem einen oder anderen Bereich noch weitergehen sollen in der personellen Aussage, da mache ich mir Gedanken. Ich habe hier am 21. August gesagt, daß es ein bestimmtes Interesse in drei Bereichen gibt, etwas deutlicher zu werden. Das eine sind die Bauern, das andere ist der Sektor Vertriebene, gesamtdeutsch usw., das dritte ist natürlich die Frage, die viele stellen: Was macht der nun eigentlich mit Bildung und Fortschritt und solchen Sachen? Darüber wird man sich noch unterhalten können. Ich würde es für falsch halten, jetzt hier etwa in diesem Plakat irgendeine Veränderung dieser Politik der personellen Auswahl zu sehen. Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe manch schweres Stück Arbeit geleistet in meinem politischen Leben. Aber das zu leisten und dabei zu leben als Führer einer Opposition, ohne den Wahlsieg in der Tasche zu haben, a) Kollegen zu finden von Rang, die sich hinstellen, und b) anderen zu sagen: Lieber Freund, Du noch nicht! – denn es gibt kein Bild ohne ein begleitendes Gespräch, an drei oder vier für jeden Kopf, der da hängt. Du noch nicht! Und trotzdem ist der Laden zusammen –, das werde ich eines Tages rückschauend sicherlich als eine der schwierigsten Leistungen bezeichnen. Zu welchem Ergebnis das führt, werden wir in acht Wochen sehen. Ich glaube also, daß es notwendig sein wird in zwei Punkten, Herr Stoltenberg, ich habe sie eben bezeichnet, noch einmal sich ein bißchen weiter heranzutasten. Aber sehr viel weiter dürfen wir dann auch wirklich nicht mehr gehen, denn am Schluß kann sich kein Mensch mehr

irgendwie bewegen, und ich glaube, ich habe jetzt eigentlich genug dazu gesagt, wenigstens aus meiner Sicht.

Kraske: Darf ich ein Wort nur sagen zur Ergänzung, was dieses Plakat angeht. Es wurde vorhin gesagt, ob es nicht besser wäre, diese Leute doch in Einzelplakaten zu streuen. Erster Punkt: Wir haben auch den Versuch gemacht, in einer solchen großflächigen Gestaltung die Leute einzeln nebeneinander zu stellen, was sehr viel schlechter und praktisch wirkungslos war und gerade den Begriff „Mannschaft“ eben nicht ins Bewußtsein gebracht hat. Zweitens, und das ist das wichtigere: Nur dadurch, daß wir diese Gruppe auf diesem Großflächenplakat haben, können wir den übrigen Plakatraum im allgemeinen Anschlag dazu benutzen, auch andere Mitglieder der Mannschaft zu plakatieren, also, ich wiederhole das, etwa in Nordrhein-Westfalen Herrn Barzel und Frau Wex und Herrn Köppler und Herrn Windelen oder bei Ihnen Sie und Herrn von Hassel und Herrn Narjes. Wenn wir das nicht täten, dann würde das so sehr diversifiziert, daß der einzelne überhaupt nicht mehr in Erscheinung träte, wenn Sie den allgemeinen Anschlag verteilen wollten jeweils auf zehn oder noch mehr Kandidaten. Nur dies Nebeneinander bringt wirklich auch die anderen Mitglieder visuell mit ins Bild. Von Fernsehwerbung jetzt mal ganz abgesehen.

Hasselmann: Wir müssen noch abwarten, wohin das ganze läuft. Ich glaube, daß dieses Plakat notwendig ist. Das ist der übergeordnete, wenn auch nicht ausgesprochene Grund, der diese Gruppierung dann mehr als rechtfertigen könnte. Das ist, glaube ich, notwendig, um es auszusprechen, damit wir da uns nichts vormachen. So werden wir im ganzen Lande das gleiche Plakat sehen, und es gibt hier keine Differenzierungen in den einzelnen Bereichen.

Windelen: Mir bleiben nur noch zwei kleine Dinge. Eine Bitte: Aktionspaket, Rednerdienste und so weiter nicht nur an die Kreisparteien, sondern auch an die Kandidaten, ich glaube, das ist eine vertretbare Mühe, da gibt es keine weitere Kommunikationsschwierigkeiten. Wer wollte das nicht? Ich glaube, hier sind einige Landesvorsitzenden, die würden sich mit mir an einen Tisch setzen.

Das zweite war eine Frage: Für Dienstag, den 10. Oktober in Wiesbaden, ist um 20.00 Uhr ein Empfang vorgesehen. Ich gehe davon aus, daß das nur eine repräsentative Veranstaltung ist. Ich hatte Wahltermine fest für den Wahlkampf zugesagt, und ich würde es für nützlich halten, wenn das möglichst viele täten, denn wir stehen in Hessen vor Kommunalwahlen.²⁷ Ich gehe also davon aus, daß das nur eine gesellschaftliche Veranstaltung ist, d. h., daß man dort ungestört fehlen darf?

Barzel: Herr Kraske, sagen Sie etwas zu dem Empfang?

Kraske: Dieses ist wirklich eine wichtige Veranstaltung – ich bitte da gerade bei unseren hessischen Freunden um Verständnis –, die eine ganz große psychologische Bedeutung für die Mobilisierung dieser Delegierten hat. Da gibt es eine hervorragende Musik. Kurt Edelhagen²⁸ hat sich für die CDU, und zwar speziell für die CDU zur

²⁷ Gemeinde- und Kreiswahlen in Hessen am 22. Oktober 1972, vgl. Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes vom 23. Oktober 1972.

²⁸ Kurt Edelhagen (1920–1982), Orchesterleiter.

Verfügung gestellt, und da müssen unsere Delegierten das Gefühl haben, wir kriegen eine tolle Mannschaft. Ich überlege zur Zeit, ob wir etwa, ich habe das noch nicht einmal mit unseren Mitarbeitern besprochen, etwa diejenigen Sportler, die sich für uns zur Verfügung gestellt haben – und das fängt an bei Ingrid Mickler-Becker²⁹ und geht über Wucherer³⁰ bis, wie wir hoffen, zu Max Schmeling³¹ und Sepp Herberger³² – zu diesem Abend einzuladen. Damit kommen sie nämlich ins Bild, und das ist bei so einem vergnügten Abend eine ganz andere Sache, als wenn man nun gleich politische Werbung mit Fußballstars macht. Das ist noch nicht ganz ausdiskutiert, aber das soll nur zeigen, wie wichtig wir psychologisch diesen Abend finden. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sich trotz drängender Wahlkampfverpflichtungen sich möglichst zahlreich dafür auch Zeit nehmen, um sich dort mit den Delegierten sehen zu lassen. (*Zwischenruf*: Weil der Montagabend frei ist?) Der Montagabend ist frei.

Köppler: Wir sind uns völlig einig, der 29. muß sein. Dortmund führt nicht zur Eröffnung, aber als Schwerpunkt können wir dies für unsere Veranstaltungen im Ruhrgebiet gebrauchen. (*Starke Unruhe*.)

Barzel: Darf ich dann darum bitten – Herr Hennig, das ist etwas für den Bundesgeschäftsführer – das Besondere dieses 29. gegenüber den sonstigen u. a. dadurch deutlich zu machen, daß Professor Erhard und Herr Kiesinger dort auftreten und einige unserer Ministerpräsidenten, daß wir also mit der geballten Ladung aller dort sitzen, wie das in den Jahren immer in der Westfalenhalle war, also Stoltenberg und Kohl usw. Das lohnt! Natürlich fällt für jeden von uns dadurch eine andere Versammlung aus. Es lohnt sich für unsere eigenen Freunde, uns beieinander zu sehen. (*Unruhe*.)

Köppler: In dem Zusammenhang eine kurze Frage: Was ist aus dem Plan Köln³³ im Anschluß geworden? Bleibt das dabei? Dann müssen wir da auch noch einiges tun, daß dieser Abschluß entsprechend hinkommt. Ich wollte noch unterstützen, was Herr Stoltenberg zum Rednerverein gesagt hat. Unsere Kreisverbände wissen nicht mehr weiter. Die Sache mit den Sälen ist so schwierig, die müssen Ende der Woche wissen, für welche Veranstaltungen sie jetzt noch kämpfen, um irgendwo einigermaßen vernünftige Räume dafür zu bekommen. Ich weiß wohl, das ist nicht die Schuld der Bundesgeschäftsstelle, das ist die Schuld der Betroffenen. Ich würde also gerade hier in dem Kreis gerne den Appell noch zu unterstützen, daß man so schnell wie möglich Herrn Meyer die Informationen gibt, auf die er wahrscheinlich wartet.

Zu den Betrieben noch eine Sache: Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß das

29 Ingrid Mickler-Becker (geb. 1942), Gymnasiallehrerin; Teilnahme als Leichtathletin an den Olympischen Spielen 1960, 1964, 1968 und 1972, 1968 CDU, 1990/91 Staatssekretärin im Sozialministerium Rheinland-Pfalz. – Zur Diskussion um den Einsatz prominenter Sportler im Bundestagswahlkampf vgl. die Materialien in ACDP 07–001–5184.

30 Gerhard Wucherer (geb. 1948), Leichtathlet.

31 Max Schmeling (1905–2005), Boxer.

32 Sepp Herberger (1897–1977), Diplom-Sportlehrer; 1936–1942 und 1950–1964 Trainer der deutschen Fußballnationalmannschaft.

33 Abschlußkundgebung der CDU zum Wahlkampfe in Köln am 16. November 1972 (dpa vom 16. November 1972, „CDU-Quadriga schloß Wahlkampf ab“; Unterlagen in ACDP 07–001–5244).

systematisch verläuft. Wir haben Katzer berichten lassen, als ich die Meldungen bekam. Es läuft ganz merkwürdig. Teilweise – immer geht die Initiative vom Bundeskanzleramt aus – mal beim Vorstand interessant und mal beim Betriebsrat. Es ist nicht immer so, daß das gleich über den Betriebsrat läuft. Wir müssen einfach sehen, daß wir möglichst über Königswinter³⁴, über unsere Leute in den Betriebsräten, die sind da zuverlässiger als alles andere, so schnell wie möglich die Vorwarnung bekommen, wo so etwas abläuft. Soweit ich weiß, gibt es auch ein Beispiel aus Bochum. Da ist diskutiert worden, der Vorstand hatte bereits einstimmig zugesagt, das zu machen, und den Betriebsrat nur noch gebeten, doch als Einlader beizutreten. Interessanterweise gab es im Betriebsrat darüber eine Diskussion, in der sich dann schließlich der Vorsitzende durchgesetzt hat. Im Vorstand offenbar nicht. (*Starke Unruhe.*) Das läuft quer durch alle Großbetriebe an Rhein und Ruhr. Das ist ganz offensichtlich.

Barzel: Ich wäre dankbar für eine Übersicht, weil, wenn man dann sich an die Öffentlichkeit oder die Betriebe oder an wen immer man sich wendet, man sagen kann, das sind zwölf, wenn derartiges Verhalten sehr zahlreich wird, hier gibt es einen Verstoß gegen die Vorschrift des Betriebsverfassungsgesetzes. Also, da muß man sich die Kriegskunst überlegen. Wir haben einige Alternativen dazu heute im Präsidium erörtert, aber es hängt davon ab zu wissen, was ist.

Sprecher: Was unsere Argumentation zu diesem Punkt angeht, warne ich davor, den Schwerpunkt auf die Verletzung des Betriebsverfassungsgesetzes zu legen. Darüber haben die also nächtelang auch in der Industrie mit ihren Juristen gebrütet. Das ist nicht ganz einfach. Denn das hängt im Grunde vom Redner ab, was er sagt. Nicht die Tatsache, daß er eingeladen wird, ist ein Verstoß, sondern nur, wenn er dort etwas sagt, was außerhalb der allgemeinen Richtlinien des Betriebsverfassungsgesetzes fällt. Ich würde den Schwerpunkt der Gegenargumentation auf die eindeutige Verletzung der Fairneß legen. Das kommt bei der Arbeitnehmerschaft noch am besten an. Und wenn die ersten hinter uns liegen, wo wir dann zweifelsfrei auch beweiskräftig feststellen können, daß auch das BVG verletzt worden ist, dann kann man diesen Grund massiv noch nachschieben. Aber nicht prophylaktisch schon unterstellen, hier ist das Betriebsverfassungsgesetz in der etwas wachweichen Formulierung dieses Paragraphen verletzt.

Lemke: Wir haben ja noch auf der letzten Vorstandssitzung sowohl für den Slogan wie für dieses Gesamte gesprochen, und waren dann einig. Ich finde, der Slogan ist besser geworden durch das „Wir“. Wenn man das einige Jahre verfolgt, ich bin ja vielleicht einer der Ältesten dabei, ist das ein großer Fortschritt, daß diese vier Freunde auf diesem Bilde jetzt erscheinen. Nur eine kleine Nuance: Ich finde, Katzer ist in Wirklichkeit aggressiver, als wir es auf dem Bild dargestellt haben. Das kann man wahrscheinlich nicht mehr hinbekommen. (*Unruhe.*)

Schwarz-Schilling: Ich möchte noch einmal ganz kurz auf den Rednereinsatz beim Bundestagsparteitag zurückkommen. Ich glaube, man sollte das etwas mehr, als nur der eine oder andere dazu an Zusagen gemacht wurde, addieren. Es ist doch die Frage

34 Sitz der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.

zu klären: Wenn morgen die Geschäftsführer da sind oder nicht, damit das wirklich auch schnell organisiert werden kann, von dem Kreise hier noch einmal eruiert werden könnte in einem Rundzettel, wer am Montag für ein Auftreten zur Verfügung steht. Das sollte doch etwas mehr als eine demonstrative Sache im hessischen Kommunalwahlkampf sein, daß Wiesbaden auch wirklich repräsentativ an diesem Montag mit einer großen Schar an Prominenten in die Umgebung ausstrahlt. Und wenn das nicht sehr schnell gemacht und hier einzeln zurückgefragt wird, dann ist das organisatorisch nicht festzumachen. Ich würde also sehr darum bitten, ob man hier noch einmal feststellen könnte, wer sich an diesem Montag zur Verfügung stellt. Einzelabsprachen für Mittwoch sind dann eine andere Sache.

Zweiter Punkt: Die Testimonial-Anzeigen. Da bin ich nicht ganz mitgekommen, was nun eigentlich gemacht wird. Es werden Namen offensichtlich festgehalten, aber man weiß nicht, ob sie noch herauskommen werden oder nicht. Ich möchte im Unterschied zu dem, was Sie bezüglich der SPD gesagt haben, Herr Kraske, meinen, daß das bei der CDU etwas anders zu bewerten ist. Bei der CDU ist es ein Novum, daß sich Menschen, die nicht der CDU zugehören, auch offen zu ihr bekennen. Das ist genau das, was wir in unseren Wählerkreisen am wenigsten deutlich in der Öffentlichkeit haben. Ich glaube, daß es gerade Wechselwähler und Kritische sehr stark beeinflusst, wenn plötzlich Namen erscheinen, die ansonsten mit der CDU nichts gemein haben und sich diesmal hinter die CDU stellen. Ich würde das sehr befürworten, und ich würde auch dankbar sein, über diese Fragen noch etwas Konkreteres zu hören. Zum zweiten sollen ja auch die Kreisverbände versuchen, lokale Größen dieser Art in Testimonial-Anzeigen zu bekommen. Wäre es da nicht möglich, einen werbetechnisch ausgetesteten Text den Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen, unter dem dann diese Namen erscheinen? Das ist also sehr wichtig. Das müßte aber im Grunde genommen schon passiert sein, denn die Leute sind ja später gar nicht mehr zu bekommen. Das ist der zweite Punkt.

Der dritte Punkt ist, es ist kritisiert worden, daß die ersten Flugblätter der Bundespartei nur einseitig bedruckt waren und man eine ganze Seite verschenkt hat. Ich weiß nicht, ob das zukünftig auch der Fall ist. Jedenfalls wurde das gesagt, man sollte doch das mitbedenken.

Das vierte, was ich hier anmerken wollte, sind die Fragen der Anzeigen. Herr Kraske, es wäre sehr gut, wenn wir zumindest in den Landesgeschäftsstellen nicht nur die Daten ganz genau bekommen, die ja jetzt noch einmal umgestellt worden sind wegen des näheren Wahltermins, sondern auch Änderungen – selbstverständlich immer vorbehalten das Thema. Denn wir können von der Landesseite aus, die wir ja auch zentrale Anzeigenaktionen machen, uns thematisch überhaupt nicht einstellen, weil wir nicht wissen, was kommt an diesem Tag von der Bundespartei? Wir wollen gar nicht den Text hören. Wir wissen, wie schwierig das ist bzw. wie stark die Indiskretionen dann kommen. Wir wollen nur das Thema kennen, um zu wissen, dann machen wir am Tag danach entweder auch das Thema oder etwas anderes. Nur, wir können uns im Moment überhaupt nicht darauf einrichten.

Dann habe ich noch eine Frage. Es ist bei uns im Landesausschuß bemängelt wor-

den, daß zur Überreichung des Friedenspreises in Frankfurt in der Paulskirche sich keiner der CDU-Prominenten bereiterklärt hat, dort zu erscheinen, obwohl das Fernsehen alle zwei Stunden lang dort sein wird (*Zwischenruf*: Wer kriegt ihn denn?). Ja, ich kann das im Moment nicht sagen.³⁵

Dann die letzte Sache mit dem Mannschaftsplakat: Zur Frage der technischen Ausführung kann man verschiedener Meinung sein. Ich möchte aber eins sagen: Die Einzelplakatierung regional des Vorsitzenden zusammen mit den regionalen Spitzenkandidaten kann natürlich den Eindruck der Mannschaft nicht ergeben, auch wenn es auf einer Litfaßsäule rundherum geht. Ich würde doch sehr dafür plädieren, daß zumindest gestreut über das ganze Bundesgebiet dieses Mannschaftsplakat erscheint, weil natürlich der Spannbogen von Strauß zu Katzer eine Sache ist, die man unbedingt in den Wahlkampf bringen muß. Ich bin also der Meinung, daß das politisch von größter Bedeutung ist, wenn vielleicht auch nicht werblich von größter Gelungenheit, da kann man verschiedener Meinung sein. Aber ich glaube, daß das Politische hier Priorität hat.

Müller-Hermann: Ich habe noch zwei kleine Fragen an Herrn Kraske. Einmal: Wie ist die regionale Personifizierung in den Stadtstaaten gedacht? Man wird da sicherlich besondere Rücksicht nehmen müssen. Und zum zweiten: Sie sprachen von den ergänzenden Sachprogrammen, die ja von den Fraktions- und Parteigremien vorbereitet und verabschiedet worden sind, aber noch irgendeinen Segen des Parteivorstandes haben müssen. Wie soll das gehandhabt werden?

Kraske: Dies letztere, Herr Müller-Hermann, werden wir erst mit denen, die in besonderer Weise an diesem Programm arbeiten, auf der Berliner Sitzung und zwischen der Berliner Sitzung und dem Parteitag festlegen können. Das erste ist, daß wir generell für Norddeutschland einschließlich Hamburg und Bremen außer diesem Mannschaftsplakat Herrn Stoltenberg und Herrn von Hassel in den Vordergrund stellen wollen, und dazu in Schleswig-Holstein Herrn Narjes und in Niedersachsen Herrn Hasselmann.

Langguth: Zwei Fragen: Zunächst würde ich raten, darauf hinzuwirken, daß aus Kreisen der Evangelischen Kirche nicht wieder bestimmte einseitige Stellungnahmen zugunsten der SPD abgegeben werden. Das zweite ist eine Frage an Herrn Dr. Barzel. (*Starke Unruhe*.) Ich weiß nicht, welche Personen an der Abfassung dieses Regierungsprogrammes beteiligt waren. Es müßten also für meine Person zumindest in der Bildungspolitik und in Fragen der inneren Sicherheit etwas in diesem Regierungsprogramm drin stehen, auch, wenn ich selbstverständlich die Schwierigkeiten in dem Zusammenhang nicht einschätzen kann, weil man ja hier auf eine Kooperation mit der CSU angewiesen ist. Man muß denken, gibt es noch irgendwelche Möglichkeiten, ich beantrage auf der Bundesvorstandssitzung, einen Tag bevor der Parteitag beginnt, daß man hier zumindest dieses Programm auch noch mal diskutiert, und vielleicht doch noch die eine oder andere Initiative mit einbringen kann.

35 Den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt am 1. Oktober 1972 posthum der polnische Dichter, Kinderarzt und Sozialpädagoge Janusz Korczak (1878–1942, ermordet im KZ Treblinka). Laudator war Hartmut von Hentig.

Barzel: Ich möchte gerne zu den beiden Punkten gleich was sagen. Zunächst: Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat bereits einen Aufruf am 22. September erlassen.³⁶ Wir haben diesen Aufruf sofort sehr gelobt. Er ist in einer verhaltenen Weise abgefaßt, vielleicht 53 zu 47 %, wenn man als CDU-Mann das liest zugunsten der anderen. Aber selbst, wenn ich das so knapp bezeichne, ist es ein zweifelsfreier Erfolg der Bemühungen von vielen um diesen Aufruf. Das ist also, glaube ich, in Ordnung. Es sind einige Sätze drin, die ich in all meinen Reden zitiere, weil sie wirklich gut sind, über den fairen Wahlkampf, über die Notwendigkeit sich kämpferisch, aber sachlich auseinanderzusetzen.

Was nun das Regierungsprogramm betrifft, so muß ich Sie in einem Punkte wahrscheinlich ein bißchen enttäuschen, Herr Langguth.³⁷ Dieses Regierungsprogramm wird keine Sensation sein können. Für den, der unser Parteiprogramm und die verbindlichen Einlassungen der Partei und der Fraktion zu den einzelnen Bereichen kennt, gibt es da keine Überraschungen. Zumal wir ja erklärt haben, wir würden als Regierung das tun, was wir als Opposition gesagt haben. Ich verstehe natürlich, wenn der Bundesvorstand sagt, er wünsche, das Regierungsprogramm zu sehen. Ich möchte aber Ihnen sagen, Herr Langguth, daß es das nie gegeben hat für den Fall, daß wir regieren. Also, wenn wir regiert haben, haben die meisten Mitglieder des Kabinetts die Regierungserklärung in toto im Plenum des Bundestages gehört. Ob dies gut ist oder schlecht, wollen wir dahingestellt sein lassen. In diesem Falle, wo wir ein Programm vorlegen, das das bekannte ist, und was nun unter Gesichtspunkten eher natürlich formuliert wird, wie Sie es ja an den Wänden sehen, wird das nicht den höchsten Grad intellektueller Differenziertheit haben können, wie Ihnen und mir das sonst passen könnte.

Ich glaube, daß folgendes ungefähr da drin stehen sollte und müßte: Ein Vorspann, in dem es heißt „Wir haben ein schweres Erbe übernommen“, diese Finanzkrise. Ein Vorspann, der sagt, „Alles, was wir erklären, ist das, was wir in diesen vier Jahren leisten werden“. Unsere großen Perspektivpläne, das sind unsere Grundsatzprogramme. Das, was wir hier vorlegen, ist ein Schwerpunktprogramm für diese Legislaturperiode. Alles, was wir ankündigen, steht im Rahmen unseres Bemühens um Stabilität. Ich glaube, das ist ein Vorspann, der heißt, daß wir Anstrengung verlangen. Und es müßte dann ein erster Teil kommen, der eben das enthält, was wir unseren Stabilitätsplan nennen. Da kommen also auch Aussagen über die Soziale Marktwirtschaft, über die Notwendigkeit einer Steuerreform. Dazu gibt es bestimmte Beschlüsse der Partei und des Parteitages und das Parteiprogramm, die man hier wiederfinden können sollte. Dieser Stabilitätsplan wird nicht so konkret werden können, wie ich mir dies vorgestellt hatte, weil die Regierung die Bestandsaufnahme nicht vorgelegt hat. Es wird aber doch möglich sein, vor allem, wenn das passiert, was ich vorher vortrug, daß unsere Landesfinanzminister unter Vorsitz von Herrn Stoltenberg doch eine quantifizier-

36 Erklärung des Rates der EKD zur Bundestagswahl 1972 in epd ZA Nr. 185 vom 25. September 1972. Text im Internet: <http://www.doku-ekd.de/index.htm>.

37 Vierseitiges Transkript von Barzels Redebeitrag in ACDP 07-001-5204.

te Vorausschau für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung machen und wir dann vielleicht hier doch etwas deutlicher werden.

Es wird eine zweite Abteilung geben müssen, in der im Grunde die Rede ist von diesem Staat. Da würden wir aber nun nicht nur reden von innerer Sicherheit und Radikalismus, sondern von dem Ausbau und dem Fortschritt dieses Staates. Also z. B. den vielen Punkten, über die der Kollege Vogel Ihnen Näheres sagen kann, die wir als Reformen im rechtlichen Bereich vorhaben. Da muß einiges dazu gesagt sein. Also nicht nur der Ruf nach Recht und Ordnung, sondern der Ruf nach Fortschritt und eine klare Aussage natürlich für den öffentlichen Dienst. Wir wollen ja auch mit diesem Regierungsprogramm eine Wahl gewinnen.

Es wird dann in den Mittelpunkt zu rücken sein eine dritte Abteilung, die Gesellschaftspolitik. Und dies wird der Teil sein, der am konkretesten sein kann. Weil wir hier unter Hinweis auf die Präzision unserer Arbeit bei der Rentenreform sagen können, genauso präzise sind die anderen Pläne, die wir haben, z. B. der Plan im Eigentumsbereich. Den habe ich am vergangenen Freitag bereits im Deutschen Bundestag verkündet.³⁸ Der wird jetzt sicherlich verschönt im Text durch Leute, die so was können, aber im Inhalt nicht verändert, denn das ist ein mühsam erreichter Kompromiß beider Parteien und der gemeinsamen Fraktion und ist völlig abgestimmt von den Sozialausschüssen bis hin zum Mittelstand. Das muß so bleiben und ist hervorragend konkret. Ähnlich konkret muß werden unsere Aussage zur Bildungspolitik mit dem Schwerpunkt berufliche Bildung. Zu beiden haben wir Beschlüsse beider Parteien, die abgestimmt sind mit den Kultusministern. Wir haben aus der Bundestagsfraktion eine Drucksache³⁹, die natürlich hier wieder eingebaut sein muß. Daß im Rahmen der Gesellschaftspolitik dann noch einige andere Fragen sich stellen, die aufzustellen uns wohl ansteht, wie soziale Dienste und ähnliche Probleme, ist völlig selbstverständlich. Und daß Gesellschaftspolitik für uns der Mittelpunkt der Politik ist, dies haben wir oft genug gesagt. Da werden wir das wieder zu hören haben, was wir in Saarbrücken und auch am Freitag im Bundestag gesagt haben. Das können wir nicht oft genug sagen. Dies ist die Stelle mit den Vokabeln „sozial“ und „gerecht“, wo wir uns positiv vom Sozialismus abgrenzen. Dazu habe ich am 21. August hier weiter gesprochen.

Ein vierter Punkt – und Sie sehen, daß ich wirklich versuche, mich auf das wichtigste zu beschränken – wird sein müssen unsere Deutschland- und unsere Entspannungspolitik. Hierzu sind keine Sensationen zu erwarten. Hier ist ganz klar, daß wir eine Position beziehen müssen, wie sie in der Ziffer 8 unseres Grundsatzprogramms enthalten ist.⁴⁰ Das heißt, wir sind auch für Verträge mit dem anderen Teil Deutschlands,

38 In der Aussprache über den Antrag des Bundeskanzlers gemäß Art. 68 GG (Sten.Ber. 6. WP 199. Sitzung vom 22. September 1972 S. 11786–11795, hier S. 11790 f.).

39 BT-Drs. VI/2979 CDU/CSU-Antrag betr. Sofortprogramm zur Verbesserung der beruflichen Bildung, Beratung im Bundestag am 28. Januar 1972 (Sten.Ber. 6. WP 167. Sitzung S. 9557–9581).

40 „8. Wir bejahen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die das Leben im geteilten Land erleichtern; sie sollen die Fundamente künftiger Einheit erhalten und den Weg zu einer friedlichen Ordnung in Europa ebnen. Die heutige

wenn da was drin steht und wenn die Einheit der Nation dadurch nicht endgültig zerstört wird. Ich weiß die Formulierung jetzt nicht auswendig. Wir werden hier das sehr aufmerksame Interesse ausländischer Stellen haben. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß ich es wahrscheinlich für richtig halte, hierzu noch vor Wiesbaden, vielleicht noch in dieser Woche ein paar Sätze zu sagen. Weil es richtig ist, was die Zeitungen schreiben, daß die Sowjets in diesem Augenblick sagen: „Na, wir haben die innenpolitische Situation in Deutschland immer falsch eingeschätzt. Vielleicht machen wir es diesmal besser, uns nicht einzumischen.“ Wenn das so bleiben sollte, wäre es gut, unser prinzipielles Ja zur Abrüstung, zur MBFR und zu KSZE wie zu einem Vertrag mit der DDR bald zu sagen und das in dem Regierungsprogramm mit der Differenzierung, die uns selbstverständlich ist, hier wieder einzubringen. Und es bleibt dann sicherlich notwendig, in diesem Kapitel Deutschlandpolitik wieder etwas aufzunehmen von unserem Stufenplan für Deutschland, der ja keineswegs erledigt ist. Und dasselbe gilt für den 5. Punkt, für die Europapolitik, die hier eingebettet sein muß. Und es wird dann sicherlich einen Schluß zu geben haben, in dem wir einige von unseren Prinzipien bekennen, freilich möglichst in einer Wortwahl, die den werblichen Interessen entspricht.

Wenn ich dies Gerüst hier so umreiße, dann wird der eine oder andere seine Lieblingskinder vermissen. Der eine vermißt die Medienpolitik, der andere vermißt eine besondere Politik für seinen Stand. Das alles muß sich eigentlich durchziehen, denn sonst müßten wir ein neues Grundsatzprogramm schreiben. Wir machen in einer schwierigen Lage ein Schwerpunktprogramm und gehen so weit, daß wir dieses Programm den Wählern vorlegen. Ich glaube, daß das sehr vernünftig ist. Sollte, Herr Langguth, der RCDS oder Sie noch irgendeine Anregung haben, bitte ich Sie um die Freundlichkeit, uns das wissen zu lassen. Alle, die bisher mit Papieren beteiligt waren, möchte ich jetzt schon darauf aufmerksam machen, daß Sie nichts mehr wiedererkennen werden, weil dies ja alles zusammengeschrieben werden muß. Und wenn man sich etwa entschließt, in dem einen Bereich – ich gucke jetzt Herrn Vogel an, wo wir eine hervorragende Detailplanung vorlegen können – dies zu tun und wir dann etwa feststellen müßten, in einem anderen gleich wichtigen Bereich sind wir nicht so weit, dann wird man natürlich, damit hier die Bilder nicht schief werden, von der vorzüglichen Vorarbeit eins wegnehmen müssen.

Es bleibt noch eines zu sagen, Herr Langguth: Vielleicht erlauben Sie mir, folgendes in die Debatte zu werfen oder Sie vertraut zu machen mit einer nicht abgeschlossenen Überlegung, die aber doch dem Ende zureift. Ich persönlich glaube, daß diese Regierung einen großen Fehler gemacht hat, indem sie die ganzen Sachen von Forschung und Wissenschaftspolitik, ich meine jetzt nicht Bildungspolitik, vernachlässigt hat. Ich glaube persönlich, daß das eigentlich zusammengehört mit dem Stück Um-

Trennung widerspricht der geschichtlichen Einheit der deutschen Nation; dem Zusammenhalt der Familien und dem Willen der Menschen in beiden Teilen. Wir werden alle Verbindungen und Begegnungen in unserem Lande fördern, die dem gemeinsamen Willen zur geschichtlichen und politischen Einheit der deutschen Nation entspringen und ihm dienen.“ Vgl. das Berliner Programm 2. Fassung 1972 (CDU, 18. BUNDESPARTEITAG S. 551).

weltschutz und daß hier eine Modernität zu setzen ist. Wenn ich also heute zu entscheiden hätte, dann würde ich die Fragen der Bildung und die eben genannten Fragen auseinanderziehen, weil sich hier für Modernität zwei Schwerpunkte anbieten. Man muß überlegen, ob man dazu gelegentlich vielleicht auch öffentlich noch ein Wort sagt.

Ich darf sagen, was die Klausurtagung betrifft, die wir hier zwei Tage gehabt haben, daß es hier eine mich überraschende grundsätzliche Übereinstimmung gab, als hier plötzlich eine Frage wie Neugliederung oder Föderalismus oder des §218, das sind ja alles heiße Eisen, auf dem Tisch lagen. Das ging eigentlich alles sehr gut, und da waren z. T. Kolleginnen und Kollegen um den Tisch, die sich sonst in solchen Fragen noch niemals begegnet sind. Hätten wir einen fertigen Text zu diesem Tage, Herr Langguth, würde ich mich nicht scheuen, ihn hier zu verlesen, ich habe hier ja schon die vertraulichsten Sachen vorgetragen, und das ist ja immer ein dichtes Gremium gewesen. Der fertige Text ist nicht da. Wir sind zur Stunde so weit, daß die erste Redaktionskonferenz aus der Fülle des Papiers eine gerafftere Fassung gemacht hat. Diese gerafftere Fassung bedarf aber nun noch der politisch ordnenden Hand, die die Schwerpunkte und die Zusammenschau bringt, und dann der Überarbeitung durch die Damen und Herren, die also des schönen Werbe-Deutsches mächtiger sind als wir. Es darf aber darunter nicht etwa verloren gehen, daß das Programm konkret ist. Daß es an den Stellen, wo es möglich ist, auch präzise ist, also nicht eine Aufzählung schöner Grundsätze, sondern des Zeigens: In dieser Richtung geht es weiter. Ich glaube, daß wir nächste Woche damit in Berlin fertig werden. Die größte Schwierigkeit wird dann sein, die Diskretion zu wahren, vom 2. Oktober auf den 11. Das wird nicht ganz leicht sein, aber ich hoffe, das wird uns gelingen. Und es wird dann auf dem Parteitag das zustimmend zur Kenntnis zu nehmen sein, was hier vorbereitet worden ist. Das Verfahren ist nicht so wie für ein Parteiprogramm. Aber wenn uns dies gelingt – wir haben niemals eine gemeinsame Wahlaussage von CDU und CSU gehabt, wir haben niemals den Wählern ein Regierungsprogramm vorgelegt –, ist dies die geringfügige Abweichung von unserem sonst üblichen Verfahren aus meiner Sicht sehr wohl wert.

Von Weizsäcker: Ich habe einige Punkte geringerer Bedeutung. Noch mal, was die Evangelische Kirche anbetrifft. Über Prozentsätze will ich natürlich nicht streiten. Ich finde die Erklärung des Rates einen wirklich wesentlichen Fortschritt. Die Erklärung ist so, wie sie ist, wirklich vernünftig zu verwerten. Zweitens, das betrifft nun diese Testimonials. Ich unterstützte die sowohl von dem Generalsekretär wie von Herrn Schwarz-Schilling schon genannte Tendenz. Es kommt in erster Linie auf solche an, von denen bekannt ist, daß sie im Jahr 1969 gesagt haben: „Gebt den anderen eine Chance“, und heute sagen: „Diese Chance hat eben zu nichts Gutem geführt.“ Also nicht auf die eigentlichen CDU-Leute. Die Kehrseite davon ist, daß man z. B. in der neulich schon durch die Presse gegangenen Erklärung von evangelischen Theologen und Christen überhaupt⁴¹ – da sind in der Tat ganz namhafte Namen dabei – feststellen

41 Zur Wählerinitiative „Aktion für die Politik Brandt-Scheel“ vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 19. September 1972 „Gegen das Geschäft mit der Angst“.

kann, daß mehrere von denen nicht nur SPD-Mitglieder, sondern sogar führende SPD-Mitglieder sind. Ich kann natürlich auch eine Bürgerinitiative machen und sagen, also, diesmal bin ich nur für die CDU. Ich finde, hier zeigt sich sowohl, in welcher Richtung wir nicht gehen sollen, als auch, wie wir das, was von anderer Seite geschieht, mit ganz gutem Erfolg und Verständnis diskreditieren können und müssen.

Herr Vorsitzender, nichts für ungut, ich muß noch einmal auf dieses schöne Viererplakat kommen. Mir sind die politischen Gründe selbstverständlich völlig einsehbar, die Sie nennen. Und dazu habe ich auch überhaupt nichts zu sagen, die finde ich einsehbar und vernünftig. Nur, der, der das Plakat sieht, der sieht natürlich nicht die Gründe, die Sie nennen, sondern der sieht zunächst einmal das Plakat. Und verzeihen Sie, wenn ich das sage, der, der etwas kritisch oder etwas spöttisch eingestellt ist – also, zu den Spöttern soll man sich ja nicht gesellen, aber immerhin –, wird ein paar politisch nicht besonders nützliche abschätzige Bemerkungen über dieses Plakat machen. So sehr ich bereit bin einzuräumen, daß von allen Ihren Integrationsaufgaben, die Sie haben, die sozusagen phototechnische die allerschwierigste ist. Es weiß ja jeder von uns, wie schwierig das ist. (*Zwischenruf:* In Bayern wird es ja nicht geklebt). Ich will das nur deshalb sagen, weil ich der Meinung bin, man sollte von diesem Plakat doch einen relativ wohlüberlegten Einsatz machen und es nicht so linear einfach überall streuen. Herr Schwarz-Schilling, ich habe da eine Tendenz aus Ihrem Beitrag herausgehört, der ich nicht ganz zustimme. Man soll also insbesondere dieses Plakat nur nicht an die Eingangsportale von Universitätsversammlungsräumen kleben, sondern man soll auch wirklich sich ein bißchen vorsehen und dieses, wie ich finde, verbesserte, aber nicht wirklich zu einem Volltreffer ausgereifte Ding nur wohl dosiert einsetzen. Wie gesagt, was zur politischen Grundlage gesagt worden ist, da stimme ich durchaus zu.

Barzel: Ja, es ist ein Gefühl, das hier verbreitet ist, was Herr von Weizsäcker ausspricht. Nämlich, daß die Politik, die das Plakat ausdrücken soll, richtig ist, aber daß der Ausdruck nicht gelungen sei. Das ist doch hier verbreitet. Darf ich dann mal fragen unsere großen Strategen, was man dazu sagen kann?

Kraske: Zu sparsamer Klebung? (*Barzel:* Nein, überhaupt, das Plakat sei politisch richtig, aber nicht gelungen.). Also, daß dieses Plakat politisch richtig ist, wird offenbar nicht bestritten. Die Frage ist, ob es gelungen ist und ob es auf die Gesamtbevölkerung wirkt. Dieses beides ist Gegenstand eines sehr sorgfältigen und für solche qualitativen Untersuchungen überdurchschnittlich breiten Tests gewesen. Und dieser Test ist ganz außerordentlich positiv ausgefallen. Zweitens mache ich darauf aufmerksam, ich will das jetzt nicht in jedem einzelnen Falle durchdiskutieren, daß hier alle Dargestellten, sowohl Herr Schröder wie Herr Katzer wie Herr Strauß gerade in den letzten Wochen eine ansteigende Kurve der positiven Bewertung und der Zustimmung haben. Auf die Frage etwa, „Wer kann die Wirtschaftskrise lösen?“ steht an der Spitze Helmut Schmidt mit 41 %, und dann kommt Franz Josef Strauß mit 39 %, Schiller mit 33 % usw. Also, ich kann nur sagen, was immer in der Partei darüber diskutiert wird, für die Leute, die wir mit dieser Art von Werbung überhaupt nur erreichen wollen und können, ist dies, wie ich finde, die beste Antwort, die wir geben können auf das, was Herr Schröder Tabuisierung nennt, also die Hochstilisierung von Strauß nach dem

Motto „Wer Barzel wählt, wählt Strauß“ und all solche Geschichten. Dies ist meine Antwort, und ich kann wirklich nur sagen, wir sollten das machen.

Von Weizsäcker: Darf ich nur eine Frage dazu stellen. Es geht mir wirklich um die Darstellung. (*Unruhe und Diskussion.*) Ich wende mich gegen die technisch photowerb wirksame Seite dieses Plakats. Ich wollte nur fragen, ist der Versuch gemacht worden oder nicht, die vier in einer Art von Arbeitsbild oder so etwas zu nehmen, aber nicht so? (*Unruhe und Diskussion.*) Wenn nicht und wenn das zu spät ist, ziehe ich meine Frage selbstverständlich zurück. Ich wende mich wirklich nur gegen diese Art von Darstellung von vier fotowerbemäßig nur scheinbar in Beziehung zueinander stehenden Köpfen, von der ich vorhersage, daß es einige Seiten gibt, die dazu ziemlich kritische Bemerkungen machen werden. (*Barzel:* Werden das solche sein, die uns sonst wählen würden?) Sie sind in dem Bereich, auf dem es für unseren Sieg sehr ankommt. (*Unruhe.*)

Kraske: Genau wie dieser Slogan nicht erkennen läßt, daß wir 250 andere beiseite geräumt haben aus guten Gründen, genauso ist es mit diesem Bild auch. Es sind natürlich die verschiedensten Versuche gemacht worden, und es waren alle auch an der Technik Beteiligten der Meinung, daß dieses das optimale Ergebnis der vorliegenden Formen war, sondern eine gute Form, wenn man der Meinung ist, daß die Herausstellung dieser Vierergruppe ihren politischen und – ich würde mehr Wert darauf legen – ihren psychologischen Sinn hat. Dies ist also die Basis, die wir dafür gehabt haben, und die mir eben doch in dieser Frage ein sehr entschiedenes Urteil nahelegt. Es gibt in der Werbung viele andere Fragen, wo ich der Meinung bin, da spricht auch Etwilches dagegen. Bei dieser Lösung glaube ich wirklich, daß wir sie nach allen Vorarbeiten und Vorüberlegungen voll empfehlen können. Und daß über jedes Plakat, über jede Werbung natürlich auch unfreundliche Bemerkungen gemacht werden, das ist das Schicksal. Aber das ist nicht wirklich am Ende maßgeblich für das, was es an Wirkung ausstrahlt.

Herr Vorsitzender, darf ich ein paar andere Fragen noch eben schnell zusammenfassen und aufnehmen? Zunächst noch mal, Herr Dregger, zu dem Parteitagprogramm: Es gab ursprünglich diese vier Abschnitte, und es gab die Idee, auch entsprechend vier Arbeitskreise zu machen. Aber ich habe schon vor fünf Wochen hier gesagt, wenn wir ins Plenum gehen, führt das zwangsläufig zu gewissen Verkürzungen. Wir konnten diesen Tag nicht in vier Abschnitte unterteilen. Es wird schon mit dreien schwierig werden. Und deswegen sind wir der Meinung: erstens Ihre Rede, zweitens die Generaldebatte am Montagnachmittag, und drittens der zweite Teil Reformpolitik der Vernunft, wo z. B. der ganze Bereich der Justizpolitik natürlich mit hineingehört als ein Thema, was in diesem Zusammenhang behandelt werden kann.

Zweiter Punkt: Es ist gefragt worden nach dem Insertionsplan, Herr Schwarz-Schilling. Unsere Ausgangsvorstellung war zunächst der Angriff auf die SPD in einigen Punkten, Jusos, linke Unterwanderung usw. und dann eine Darstellung unseres Programms in seinen einzelnen Punkten. Wir sind nach dem Vorliegen dieser Untersuchungsergebnisse zweifelhaft geworden, ob wir hier wirklich zu sehr ins Detail gehen sollten und uns nicht noch stärker auf diese Punkte konzentrieren können. Es wird

sich also heute in den Landesverbänden ein sehr eng umgrenzter Themenkreis schon darstellen lassen. Wir werden, wie ich hoffe, spätestens bis zum Parteitag auch einen Themenplan, allerdings immer nur nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnis, liefern können.

Dritter Punkt: die Wählerinitiative. Es ist gefragt worden, wie das im einzelnen aussieht. Es liegt z. B. eine Liste vor hier von 30 Betriebsratsvorsitzenden. Es liegt eine Liste vor von insgesamt 230 Professoren. Es kommen hinzu 500 Professoren, die wir nicht ausdrücklich angefragt haben, weil sie Mitglieder der CDU sind. Es liegt eine ganz beachtliche Liste vor von 20 wirklichen Spitzensportlern. Was wir zur Zeit vorbereiten, ist erstens das, was hier auch angeregt wurde, nämlich ein Entwurf für die Kreisverbände oder die Wahlkreise, um auf örtlicher Ebene örtliche Autoritäten zu sammeln, von denen ich mir in mancher Beziehung mehr verspreche als von diesen überregionalen Leuten, wenn man nicht wirklich die Spitze aller Nobelpreisträger und Publikumshelden hier zusammenfassen kann, was schwierig sein wird. Zweitens sind wir daran, eine Anzeige zu formulieren, die ausschließlich auf Leute zugeschnitten ist, die bekennen, daß sie aus den und den Gründen 1969 die SPD oder die FDP gewählt haben, um ihr eine Chance zu geben, und die sagen: „Diese Chance ist vertan worden, nur in dieser Lage sagen wir, jetzt muß CDU gewählt werden“. Dieses dürfen nicht die Spitzenleute sein, die zu uns übergetreten sind, denn denen sagt man „Na ja, Kunststück, die wollen jetzt halt bei der CDU ein Mandat haben“. Es müssen aber andererseits mindestens vom Typ her, von der Berufsbezeichnung, vom Tätigkeitsmerkmal her, Leute sein, die etwas hergeben. Dies ist die Schwierigkeit der Auswahl, und deswegen steht die Liste noch nicht ganz fest. Aber es wird zur Zeit an dem Text dieser Anzeige gearbeitet, und wir stehen in Kontakt sowohl mit Sozialdemokraten von 1969 als auch mit FDP-Leuten von 1969. Dies ist für mich meine klare Präferenz für eine bundesweite Anzeige in diesem Sinne. Bei diesen anderen Möglichkeiten, ob Sportler, ob Professoren, ob also auch ein paar Leute aus der Literatur, von Krämer-Badoni⁴² über Peter Bamm⁴³ bis zu Friedrich Luft⁴⁴, würde ich sagen, wir sollten sie haben. Aber ob wir davon Gebrauch machen, das würde ich vorläufig noch mal mit einem Fragezeichen versehen, weil wir natürlich nicht uns auf Felder begeben dürfen, wo auch heute die andere Seite womöglich mit einer – ich sage es mal sehr vorsichtig, um niemanden zu demoralisieren – mindestens so eindrucksvollen Liste herkommt. Soviel also zu den Testimonials und den Wählerinitiativen.

Vorletzter Punkt: Darf ich nochmals auf einen Punkt zurückkommen, der schon bei meinen Bemerkungen vor fünf Wochen eine gewisse Rolle gespielt hat, und den ich heute noch mal vertiefen möchte mit einer kurzen Bemerkung. Wir müssen damit rechnen, daß die Gegenseite in den nächsten Wochen die gemeinsten und unverschämtesten Geschichten loslassen wird. Da wird es bestimmt Anzeigen geben, in denen wir als Enthaltensamkeitspartei verhöhnt werden und in denen die Umfaller und die

42 Rudolf Krämer-Badoni (1913–1989), Schriftsteller.

43 Peter Bamm (eigentlich Curt Emmrich, 1897–1975), Schriftsteller.

44 Friedrich Luft (1911–1990), Theaterkritiker.

Überläufer angeprangert werden und uns Anti-Friedenspolitik vorgeworfen wird. Meine dringende Bitte, Herr Vorsitzender, auch durch Ihre Autorität gestützt, ist, daß wir heute hier einen Stabilitätspakt eingehen, daß wir in diesem Wahlkampf bei unserer Strategie bleiben und uns nicht durch eine andere Strategie nervös machen lassen. Es ist das vorrangige Ziel, nicht etwa hier bestimmten Leuten Korruption vorzuwerfen, sondern durch diesen Vorwurf ein Thema am Kochen zu halten, und zwar ein Thema, von dem sich die SPD insgesamt psychologisch mehr verspricht als vom Thema Inflation und Wirtschaftspolitik und öffentliche Sicherheit. Umgekehrt müssen wir immer, immer wieder bei diesen Punkten bleiben, denn das sind die Felder, auf denen wir stark sind. Es gibt in der politischen Auseinandersetzung genügend Möglichkeiten, auf solche Dinge einzugehen, aber ich kenne genügend Beispiele aus früheren Wahlkämpfen, wo wir uns zu unserem Schaden Themen von der anderen Seite haben vorschreiben lassen und man völlig nervös gemacht wurde und sagte: „Aber jetzt könnt Ihr doch keine Anzeige machen über stabile Preise, wo diese Gemeinheit in der Luft steht. Ihr müßt jetzt darauf eingehen.“ Es ist meistens zu unserem Nachteil, denn es ist der Versuch, uns auf ein anderes Feld abzudrängen.

Letzter Punkt: Es ist über die Frage der Sicherheit gesprochen worden. Dies ist ein ernstes Problem, über das wir natürlich nachgedacht haben, aber wo wir, um mit Kiep zu sprechen, mit Bordmitteln alleine nicht auskommen, sondern wo wir uns rechtzeitig um Helfer bemühen müssen. Es stehen uns zur Verfügung aus Berlin aus früheren Wahlkämpfen erfreulicherweise 90 Freunde, davon kommen 45 aus der Polizei und nehmen in dieser Zeit ihren Urlaub, und 45 kommen aus der Jungen Union. Es gibt eine Reihe von weiteren Leuten, die aus der Polizei kommen, die bereit sind, uns voll und ganz in diesen sechs Wochen zu unterstützen. Voraussetzung ist, daß sie dafür freigestellt werden. Sie wissen, daß jeder Kandidat für den 7. Deutschen Bundestag sechs Wochen lang Anspruch hat, freigestellt zu werden. Ich habe hier eine Liste – jeweils für Herrn Dregger, für Herrn Filbinger, für Herrn Kohl, Herrn Hasselmann, Herrn Köppler und Herrn Windelen – mit Namen, die sich dafür zur Verfügung stellen, wenn sie freigestellt werden.

Und jetzt spreche ich mal von etwas völlig anderem. Meine Herren Landesvorsitzenden, denken Sie diesmal bei der Aufstellung Ihrer Landeslisten auch daran, wer auf die letzten Plätze kommt, daß das nicht nur Zählkandidaten sein müssen, sondern daß gerade diese letzten Plätze einer Landesliste sehr interessante Möglichkeiten bieten. Das hat gar nichts miteinander zu tun, aber ich wollte Ihnen beides sagen und den genannten Herren auch noch diese Papiere übergeben.

Herr Vorsitzender, wenn Sie keine Wortmeldungen haben, würde ich gerne, da ich mich auf die Presse vorbereiten muß, den Vorstand noch um Zustimmung zu einer Erklärung bitten, die nichts Neues und keine Überraschungen bietet, sondern die eine Bestätigung meiner These von der nötigen Penetration ist. Sie enthält die wichtigsten Punkte aus der Debatte und aus den letzten Tagen. Ich würde Ihnen nur vorschlagen, in der Punktion, vier Punkte Preise, Staatsfinanzen, den dritten Punkt ein wenig zu ändern und zu sagen: „Aus Reformversprechung oder von den Reformversprechungen sind nichts als leere Worte geblieben“. „Dieses sind nur Ruinen geblieben“, ist

glaube ich vom Bild her nicht mehr so wirkungsvoll. Ansonsten wäre ich dankbar, wenn wir diesen Text der Presse übergeben könnten. Ruinen sind ja etwas, was erst fertig war und dann eingerissen worden ist. Also leere Worte finde ich besser.

Barzel: Darf ich dazu mal was sagen. Ich nehme ausnahmsweise mal ein Wort, was ich hier in die Debatte eingeführt habe. Die Reform und die Reform-Ruinen sind zwei ganz unterschiedliche Dinge. Die Ruinen sind die Sachen, die die kaputt gemacht haben, die wir früher errichtet haben wie Sozialen Wohnungsbau, Renten usw. Und das andere sind die leeren Versprechungen. Im Grunde gilt beides nebeneinander, aber so ist es wohl schöner und so wollen wir dem zustimmen, das ist eine Wiederholung alles bekannter Texte.

Wex: Ich habe mich jetzt erst gemeldet, weil ich vorhin verstanden habe, daß die Frage „Reformrepräsentation“ ein eigener Punkt ist. Aber ich habe mich jetzt zu der allgemeinen Aussprache gemeldet. Herr Vorsitzender, Sie haben ja einmal hier im Bundesvorstand gesagt, die Herren Landesvorsitzenden möchten für eine größere Frauenrepräsentanz sorgen. Wir haben am vorigen Montag unseren Bundesfrauenvorstand gehabt. Ich will das nicht wiedergeben, was da an Emotionen drin war. Ich sage sehr deutlich, daß es auf keinen Fall eine Steigerung und positive weitere Erfolge für die Frauen auf den Landeslisten gibt. Wir werden, wenn es so, wie es ist, und wie wir es sehen, zwei Frauen weniger haben im ganzen. Ich habe aber noch einige Hoffnungen, weil noch nicht alle Landeslisten vorliegen. Es sind eben noch offen mehrere Landesverbände. Ich habe einen Brief an die Landesvorsitzenden aufgrund Ihres Appells geschrieben. Wir waren uns im Bundesfrauenvorstand, weil das ja alles erfahrene Damen sind, über die Schwierigkeiten klar. Die Aussage, wenn wir weniger Frauen reinkriegen, ist einfach eine Aussage für die Gesamtpartei und nicht für die Frauen, um das hier mal ganz klar zu sagen. Es war ein Qualitätsangebot vorhanden. Ich weiß ganz genau, wie schwer es die Landesvorsitzenden haben, denn ich sehe eigentlich keinen einzigen Landesvorsitzenden, der diesen Appell nicht grundsätzlich unterstützt hat. Aber die Durchsetzbarkeit, und darüber sind wir uns alle klar, ist sehr schwierig. Es gibt kaum Argumente dafür, aber es gibt eben einen großen Teil von Realitäten dafür. Was ich schlimm finde und wirklich vielleicht noch nicht mal mehr ganz zu korrigieren ist, daß ein paar Direktwahlkreise, die die Frauen gehabt haben, nicht wieder von Frauen besetzt worden sind. Und das ist natürlich ein Argument, was mehr durchschlägt als ein oder zwei Kandidatinnen weniger.

Nach meinen Informationen, die vom Sonnabend sind, Schleswig-Holstein hat ja am Sonnabend noch gewählt, ist eine Gefährdung, die wir gesehen haben, ausgeräumt. Wenn Niedersachsen für die zwei nur eine bringen kann, und wenn Baden-Württemberg für die eine Dame keine bringen kann, was aber noch Chancen hat, und wenn Hessen statt einer nicht zwei bringen kann, dann haben wir eine oder zwei Frauen weniger. Wenn nur die Landesvorsitzenden vielleicht nach dem letzten Stand sagen können, ob es so, wie meine Informationen sind, stimmt: Schleswig-Holstein eine, Hamburg keine, Baden-Württemberg zweifelhaft, Rheinland-Pfalz noch nicht entschieden, Nordrhein-Westfalen noch nicht entschieden, Saarland hatte niemanden, Hessen wird eine oder zwei kriegen, Niedersachsen zwei, Berlin ist noch offen. Ist

das so richtig? Dann heißt das, daß wir ein oder zwei Damen weniger bekommen, und drei Wahlkreise weniger. Der Kölner Wahlkreis hat mit einer Kampfabstimmung geendet. Die Kölner hatten bei vier Wahlkreisen immer einen Frauenwahlkreis, der ist jetzt am Donnerstag verlorengegangen⁴⁵, also für die Frauenkandidatur, dann hat Frau Brauksiepe keine Nachfolgerin in bezug auf eine Frau bekommen im Direktwahlkreis, und auch sie wird keinen Direktwahlkreis mehr kriegen. Ich stelle das jetzt nur deswegen fest, weil wir noch ein paar Chancen haben. Es sind ja noch nicht alle Landeslisten abgeschlossen.

Barzel: Ich kann diesen Appell nur unterstützen. Ich habe ja das Thema neulich hier aufgegriffen und mit großem Ernst darauf hingewiesen, daß es für uns sehr entscheidend ist, in dieser Frage zu helfen. Ich kann ja nur noch appellieren, mehr kann ich nicht machen. Der Vorsitzende dieser Partei kommt sich in diesen Zeiten wirklich vor wie eine ganz merkwürdige Figur. Alle Welt kommt und sagt „Wir wollen mit Dir über diese und jene Leute reden“, aber er kann gar nichts machen. Na, das werden wir alles noch ändern. Wir wollen erst mal eine Wahl gewinnen, dann machen wir das andere auch anders.

Hasselmann: Herr Vorsitzender, ich möchte noch auf Herrn von Weizsäckers Argument eingehen, weil Sie sagen, man kann das Plakat nicht überall hinhängen oder sollte es nicht tun. Das wäre gut, wenn wir unsere Landesgeschäftsführung, die wiederum ihre Kreisgeschäftsführer anweisen könnten, mit ein bißchen Verstand und nicht aus bewußten Überlegungen bestimmte Plakate dort und eben nicht dorthin zu hängen. Ich habe meine Beobachtungen gemacht mit den Landesverbänden bei der Besprechung der Wahlkampftechniken. Also bei denjenigen, die das machen. Das beliebteste ist ja zur Zeit, wenn unsere Redner angeboten werden, dann geht das zum ersten, zum zweiten, drittens, zum dritten, kein Gebot? Das interessante ist – ich will es in Führungsstriche setzen – „die Macht“ der Techniker draußen, die uns sozusagen verkaufen.

Kraske: Darf ich Sie kurz unterbrechen, Herr Hasselmann, ich bitte sehr um Entschuldigung. Wir haben um 13.00 Uhr die Presse und müssen diese Erklärung bis dahin vervielfältigen lassen. Ich habe mit Herrn Lampersbach noch eine Änderung verabredet, daß wir nämlich unter diese vier Punkte einen fünften nehmen: „Der Rücktritt von mehr als einem dutzend Minister und Staatssekretäre zeigt die ganze Führungsschwäche Brandts“, und dann, im neuen Absatz, „Einen der Gründe dafür hat der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister ...“. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich gerne dieses jetzt hier verteilen.

Barzel: Also, meine Damen und Herren, bevor dies hier zerbröckelt, habe ich noch drei Wortmeldungen.

Hasselmann: Ich wollte noch auf die Testimonials hinweisen. Die sind am wirkungsvollsten im Wahlkreis von Leuten, die den Mut haben, sich zum Ort zu bekennen. Die

45 Wahlkreisabgeordnete war von 1949–1972 Aenne Brauksiepe (in der 1. WP vertrat sie den Wahlkreis Köln II, in der 2.–4. WP den Wahlkreis Köln I und in der 5. WP den Wahlkreis Köln III). Zur Kandidatenaufstellung vgl. „Rheinische Post“ vom 6. Oktober 1972 „Viele Neue bei der rheinischen CDU“.

Pfarrersfrau, der Postbote, das Mitglied oder Angestellte eines Betriebes. Es ist schwieriger mit all den doch anonym bleibenden großen Zahlen von Professoren, die bereit sind, sich zur CDU zu bekennen. Diese örtliche Anzeige Wählerinitiative ist die wichtigere, aber die schwierigere. Es wäre gut, in der Bundesgeschäftsstelle die Landesgeschäftsführer erneut morgen⁴⁶ darauf hinzuweisen, einen Betriebsrat zu fragen, der von sich reden macht, einen Postangestellten zu finden und die Pfarrersfrau. Das ist wichtig.

Zu den Frauen: Hier sind in Niedersachsen zwei, Herr Dr. Barzel, die Schwierigkeit ist die altbekannte. Die Frauen wählen Männer und keine eigenen. Das ist das, was uns immer wieder entgegengehalten wird. Das ist leider so. Wir müssen das ganz nüchtern sehen. Und die andere Sache, die hinzukommt, ist, wenn wir sie alle in unseren Gruppierungen erfassen, Sozialausschüsse, JU, Frauenvereinigung (*Wex*: Das ist nun wieder ganz was anderes) usw., dann werden diejenigen ohne Wahlkreise, die im Fronteinsatz im Wahlkampf stehen, auf Kosten der Gruppierung und der Interessenvertretung ihre Chance, im Bundestag zu sein, nicht erhalten. Jeder bei uns in Niedersachsen könnte als Direktkandidat in den Bundestag hinein. Sie werden Absprünge bei den Direktkandidaten sehen, wenn die Gruppierungen mit ihren Forderungen kommen. Das ist nicht einfach, (*Starke Unruhe*.) das ist insgesamt so. Und ich meine hier ganz andere Gruppierungen als die Frauen. Es trifft aber genau so zu. Wir müssen einfach sehen, daß wir sie vorher in den Wahlkreis hineinbringen, in dem Frauen kandidieren können, unter Zurückstellung mancher anderer. Das haben Sie ja bei uns mit Erfolg am Beispiel Frau Kalinkes exerziert. Die hätte ihren Wahlkreis bekommen und alle Unterstützung. Das ist so ein typisches Beispiel.

*Broll*⁴⁷: In bezug auf Oldenburg. Es werden offenbar Karten gedruckt unserer Gegner, auf denen z.B. steht: „Die Reichen müssen reicher werden.“ Da steht drunter „CDU“. Auf diesem CDU-Zeichen steht ein Copyright, alles gefälscht. Verfolgen Sie das schon und was machen wir? Anzeige erstatten!

Barzel: Sofort die Bundesgeschäftsstelle anrufen. Wir haben ja diesen Dienst jeden Tag, damit wir das erst mal wissen, das ist immer das wichtigste. Sofort telefonieren. An die Nummer, die wir da in dem Dienst jeden Tag angeben.

Amrehn: Zu dem, was der Parteivorsitzende am Schluß des Parteitages sagen will, möchte ich noch eine Anregung geben. Vielleicht hat er selber schon daran gedacht. Aber da es nicht erwähnt worden ist, scheint es mir doch wichtig zu sein: Rückkehr zu relativer Stabilität wird kein einfacher Weg sein, sondern schwer und dornig. Und ich glaube, das sollten wir schon auf dem Parteitag dem deutschen Volk auch sagen, daß da schwere Aufgaben auf uns zukommen. Ich will gar nicht das Wort „Opfer“ benutzen. Aber daß hier eine Anforderung an das Volk gestellt wird, und daß nicht gesagt wird „immer weniger Arbeit mit immer höherem Lohn“, das scheint mir eine populäre

46 Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz am 26. September 1972 in ACDP 07-001-515.

47 Werner Broll (geb. 1932), Gymnasiallehrer; 1970-1987 Vorsitzender des KV Oldenburg-Stadt, 1976-1987 MdB.

Formel zu sein, die heute die Bevölkerung gerne hört. Lieber dasselbe verdienen, aber dann wissen, was ich im Portemonnaie habe. Ich glaube, das könnte noch ein Gedanke sein, der in der Bevölkerung Anklang findet.

Barzel: Dies ist zweifelsfrei richtig und ist auch unsere Absicht. – Herr Lemke!

Lemke: Ich habe wohl die Äußerung von Hasselmann falsch verstanden. Dann habe ich vielleicht zu kurz gesprochen. Dieses Plakat mit den vier Freunden von uns halte ich für politisch unbedingt notwendig. Dieses Plakat ist uns eine hervorragende politische Aussage. Ich meine, es wäre geradezu schrecklich, wenn wir dieses Plakat nur an einigen Stellen aufhängen. Dieses Plakat muß in ganz Deutschland, ich darf das noch sagen, vielleicht sogar in Bayern, aufgehängt zu werden, und nicht etwa differenziert hier in diesem Kreis nicht und irgendeinen anderen Kreis. (*Unruhe.*)

Barzel: Meine Damen und Herren, das Wort wird sonst nicht gewünscht. Punkt „Verschiedenes“? Ich danke Ihnen. Dann auf Wiedersehen in Wiesbaden.